

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Röste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 A.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zugung ist fern zu halten von:

- Tischlern nach Bunzlau, Burg bei Magdeburg, Siegen, Ilmenau (Triebe), Diegnitz (C. Bente), Salze bei Schönebeck (Buriß), Frankfurt a. d. O. (Collath), Prießbus, Freudentadt, Schwedt (E. Schulz), Offenburger, Stolp (Körner), Worms;
- Tischlern auf weiße Möbeln nach Wilsdruff (Klemm);
- Tischlern, Stellmachern und Maschinenarbeitern nach Siegen i. W., Arlsf in Schweden (Rössel's Wagenfabrik);
- Modelltischlern nach Mannheim (Lang);
- Drechseln nach Posen (Wendig & Schöne), Sange wiesen i. Th. (Fr. Schwabe & Co.);
- Stuhlmalern, Tischlern und Polirern nach Münden am Deister (Gebr. Jörn, Mahlmühle), Goslar, Brand (Frantz);
- Wagenmachern nach Lipp Springs i. W. (Mulle & Jahrahn), Köln (Greifels), Reinfeld (Hünze), Offenbach, Lippstadt (Wiehe);
- Wagnern nach Karlsruhe, Stettin, Konstanz;
- Celluloidarbeitern nach Leipzig (Fabrik Josef Mendelsohn);
- Gummitarbeitern nach Kassel (Nickel & Co.);
- Kortarbeitern nach Posen (Wollheim);
- Spielwaaren-drechseln nach Graslitz (Böhmen), (Firma Röh & Grublich).

Das Kontrollbuch in Berlin.

Das Kontrollbuch der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen und der Kampf um und gegen dasselbe sind unseren Kollegen bekannt, da wir sie in Nr. 3 und 5 der „Holzarb.-Ztg.“ darüber eingehend unterrichtet haben. Am 16. Januar dieses Jahres wurde vor dem Einigungsamt der Vergleich geschlossen, daß das Kontrollbuch, mit Ausnahme des § 4 und nach Abänderung der §§ 2 und 3, für die Tischlermeister und Holzindustriellen und deren Gesellen in Berlin maßgebend sein soll. Nun hat aber der Gesellenausschuß bei der Gewerbe-Deputation mit Recht darüber Beschwerde geführt, daß er zu den Berathungen über das Kontrollbuch nicht hinzugezogen sei, dies aber unbedingt hätte geschehen müssen, da mit dem Kontrollbuch eine Aenderung des bis dahin gültigen Arbeitsverhältnisses und ganz besonders eine Verschlechterung desselben bezweckt sei. Eine solche Aenderung könne nicht einseitig, sondern nur unter Theilnahme des Gesellenausschusses berathen werden. Die Tischlermeister Beege und Koedel hatten sich gleichfalls mit einer Beschwerde an die gleiche Behörde gewandt, in der sie hervorhoben, daß die Innung kein Recht habe, diejenigen ihrer Mitglieder, welche sich dem Beschlusse nicht fügten, d. h. das Kontrollbuch nicht einführen, mit Strafen zu belegen. Die Innung sei auch bedeutend über ihr Ziel hinausgegangen, wenn sie einen Meister bei Strafe verpflichte, daß er keinen Gesellen einstellen darf, ehe er nicht bei dem letzten Meister des Anfragenden vermittelst des dem Kontrollbuch angehängten Fragebogens über sieben auf demselben enthaltene Fragen Auskunft eingeholt hat. Beege führt dann wörtlich aus:

„Diese Bestimmung muß naturgemäß den stärksten Widerspruch bei allen Denen hervorrufen, welche nicht nur die Gesellen als unvollkommene Menschen, mit menschlichen Schwächen und Mängeln belastet ansehen, sondern auch meinen, die Meister seien aus demselben Folge geschminkt, aus demselben Material hervorgegangen. Wenn dem aber auch widerstritten wird, wenn man auch als Thatsache annehmen würde, der Meisterschaft wohne im Durchschnitt ein höherer Grad von Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit inne, als den Gesellen, so wird man trotzdem zugeben müssen, daß Ausnahmen hieron nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich sind. Es wird Meister geben, denen sogar die Fähigkeit mangelt, über alle die gestellten sieben Fragen objektive Auskunft zu geben und den in Frage kommenden Arbeiter in allen feinen Leistungen richtig zu beurtheilen. Was aber das Schwerwiegendste dabei ist: dem Arbeiter, über

welchen ein unzutreffendes Urtheil abgegeben ist, fehlt jede Kontrolle darüber, was über ihn berichtet wurde, er ist außer Stande, ein solches Urtheil zu rektifiziren, das gefällt worden ist von seinem wirtschaftlichen Gegner als Ankläger und Richter in einer Person; er hat lediglich die Konsequenzen zu tragen, gleichgültig, ob zu Recht oder zu Unrecht. Gegen dieses Verlangen Front zu machen, war für mich Gewissenpflicht. Ich erleide lieber zweimal Unrecht, ehe ich einmal Unrecht thue. Daß ich dieses Verlangen als unmoralisch bezeichnet habe, hat man scharf getadelt. Wir haben aber gesehen, daß die zunächst in Frage kommende Aufsichtsbehörde noch viel schärfer darüber geurtheilt hat. Man hat eben bei Vertretung einer an sich nützlichen Sache bedenklich über's Ziel hinausgeschossen.“

Herr Beege sagt hier dasselbe, was die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes von vornherein betont haben: das Kontrollbuch und das mit ihm verbundene Spionagesystem ist nicht nur unmoralisch, sondern ist auch ein Verstoß gegen die guten Sitten. Dieser Ansicht hatte sich auch die Gewerbe-Deputation angeschlossen, was die Innungsmeister und Holzindustriellen allerdings nicht hinderte, gegen diese Entscheidung, ganz besonders über den den Herren Innungsmeistern zugeschriebenen „Verstoß gegen die guten Sitten“ eine ausführliche Beschwerdebroschüre an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu senden, mit der Bitte, die Entscheidung der Gewerbe-Deputation als unzulässig aufzuheben. Der Oberpräsident ist aber den Ausführungen der Gewerbe-Deputation im Wesentlichen beigetreten, wie die nachstehende Zuschrift derselben beweist. Sie lautet:

Posdam, den 24. Mai 1901.

An den Vorstand der Tischlerinnung

zu Händen des Obermeisters Herrn C. Kahardt.

Beschied auf die Beschwerde vom 26. März d. J. über die Entscheidung der Gewerbe-Deputation des dortigen Magistrats vom 10. März d. J., 1 Buch, 8 Anlagen: Der von der Gewerbe-Deputation getroffene Entscheidung, daß die durch das Kontrollbuch eingeführten, das Verhältnis zwischen Innungsmitgliedern und Gesellen festlegenden Bedingungen nicht durch einfachen Beschluß der Innungsversammlung geregelt werden können, trete ich bei. Die Arbeitsbedingungen sind als Bestimmungen über dauernde Einrichtungen der Innungen anzusehen, über die gemäß § 83 Absatz 2 Ziffer 2 der Gewerbeordnung nur durch Statut Bestimmung getroffen werden kann. Die Anordnung der Gewerbe-Deputation, daß der Beschluß der Innungsversammlung vom 10. Oktober 1900 und der Vorstandsbeschluß vom 14. November 1900 nicht zur Ausführung zu bringen sei, ist sonach gerechtfertigt. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

Mit dieser Erklärung hat der Oberpräsident anerkannt, daß die Innung kein Recht hatte, derartige generelle Bestimmungen und dauernde Verpflichtungen der Innungsmitglieder, welche das Verhältnis zwischen sämtlichen Mitgliedern und deren Gesellen dauernd regeln sollen, einfach durch Beschluß einer Innungsversammlung festzusetzen; daß sie dies vielmehr nur durch das Statut regeln kann. Wir zweifeln nun nicht daran, daß die Tischlerinnung bei passender Gelegenheit den Fingerzeig des Oberpräsidenten beachten und eine Statutenänderung vorschlagen wird. Selbstverständlich muß der Gesellenausschuß zur Berathung hinzugezogen werden. Wenn auch die „Fachzeitung“ sich dagegen sträubt mit dem Bemerkten, daß es sich ja um keine Einrichtung handle, die eine „Müheveraltung“ oder Beitragspflicht der Gesellen“ erfordere, so ändert das an der Thatsache gar nichts, daß es sich um eine Einrichtung handelt, die nach § 81 Ziffer 2 der Gewerbeordnung das **günstliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht fördert, sondern geradezu gefährden kann.** Eine solche Bestimmung in das Statut aufzunehmen, ist nicht nur pflichtwidrig, sondern auch ungesetzlich. Dies hat die Gewerbe-Deputation rückhaltlos anerkannt, und es ist bedauerlich, daß der Oberpräsident nicht auch dieser Ausführung der Gewerbe-Deputation beigetreten ist. Seine

Nichtanerkennung der Ungesetzlichkeit des innungsmeisterlichen Vorgehens läßt uns ahnen, daß, falls der Gesellenausschuß in der fraglichen Innungsversammlung seine Zustimmung einem solchen Beschlusse versagt, und dann die höhere Verwaltungsbehörde (Oberpräsident) um die fehlende Genehmigung ersucht wird, sie dieselbe geben wird, da nach der Erklärung des Chefs dieser Behörde die Einfügung einer solchen Bestimmung in das Statut zulässig ist. Im Grunde genommen wäre also mit dem Bescheide des Oberpräsidenten für die Gegner der Innung und des Kontrollbuches nichts gewonnen, und der „Deutsche Tischlermeister“ hätte sehr mit Unrecht von einer „abermächtigten Niederlage“ der Innung gesprochen.

Wie dem nun aber auch sei, auf jeden Fall steht fest, daß das Vorgehen der Berliner Innungsmeister und Holzindustriellen ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht herbeiführt, im Gegentheil — und darin hat der „Deutsche Tischlermeister“ vollkommen Recht, — „daß das Kontrollbuch die Gegensätze zwischen Meister und Gesellen erheblich verschärft und eine Erweiterung der bestehenden Klust unmbglich im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unseres Handwerks liegen kann.“

Wenn die Leiter der Arbeitgeberorganisationen das nicht begreifen können, mögen sie zurücktreten, solche kurzfristige Leute gehören nicht auf solche Posten, deren Inhaber einen weiten ungetrübten Blick haben müssen. Durch das Hervortreten von Holzhändlern und sonstigen Leuten in der Berliner Tischlermeisterbewegung ist ein Zustand geschaffen worden, der auf die Dauer unerträglich ist, weil er weder die Meister noch die Gesellen befriedigen kann. Was können die Gesellen dafür, wenn sie genöthigt sind, infolge steter Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungsmiethen einen Ausgleich zu schaffen durch Erhöhung der Löhne und Akkordpreise. Befinden sie sich gegenüber der gegenwärtigen maschinellen Produktionsweise, gegenüber der Spezial-, Theil- und Akkordarbeit nicht in der Nothwehr, wenn sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Festsetzung eines Minimallohnes verlangen? Wer möchte das bestreiten! Niemand hat ein Recht, zu sagen, daß solche, den veränderten Verhältnissen angepaßten Forderungen nur dem Uebermuth und der Begehrlichkeit entsprungen seien. Diese Forderungen sind ebenso berechtigt, wie die 10- und 15prozentige Erhöhung der Tischlereierzeugnisse, welche schon vor zwei Jahren von der Berliner Tischlerinnung beschlossen, allerdings nur mangelhaft durchgeführt wurde. Die Berliner Tischlermeister erblicken in der Einführung des hiesigen Kontrollbuches und in der Gründung eines Schutzverbandes eine wichtigere Aufgabe, als in der Beseitigung der Schundkonkurrenz, der Beseitigung der Mängel im Submissionswesen, in der Erhöhung und Durchführung der den Verhältnissen angepaßten höheren Preise für fertige Arbeiten. Statt diesen wichtigen Dingen die ganze Kraft zu widmen, gefallen sich die Leiter der Innung und des Holzindustriellenverbandes darin, immer von Neuem gegen die Gesellen zu hetzen. Anstatt bei denjenigen Mitgliedern ihrer Innung, denen die Gesellen die Arbeit liegen lassen, einmal nachzuforschen, zu welchem Schundpreise dort Arbeiten angefertigt werden müssen und zu welchem Schundpreise sie verkauft werden, kommt man einfach her und setzt die Namen der Gesellen auf die schwarze Liste. Man macht es diesen zwar unmöglich, wieder Arbeit zu bekommen, aber Andere fangen wieder an und gehen wieder, und das elende Schundsystem bleibt beim Alten. Das will man uns doch nicht etwa aufbinden, daß alle diejenigen Werkstätten, in denen die Gesellen die Arbeit wegen zu niedriger Akkordpreise

Regen lassen, die besten sind. Wir haben es daher begründet, daß die Leitung der Deutschen Holzarbeiterverbands-Zahlstelle in Berlin beschloß, jeden einzelnen Fall, der durch die „Fachzeitung“ und andere Umstände zu ihrer Kenntnis gelangte, zu untersuchen, und jeden Meister, der Schundpreise zahlte und daher das Liegenlassen der Arbeit selbst verschuldete, nach dem Rezept: „Wie Du mir, so ich Dir“ in der „Holzarbeiter-Zeitung“ bekannt zu geben und dadurch zu verhindern, daß diese Meister noch ferner Gelegenheit finden, Gesellen brandmarken zu können. Soweit ist es also schon gekommen mit dem gedeihlichen Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen, und wir fürchten, daß, wenn nach dem Muster der Berliner Kontrollbuchfreunde überall verfahren werden soll (Anträge zum Innungstag in Görlich liegen genug vor), es mit dem gedeihlichen Verhältnis überhaupt zu Ende ist.

Die Herren Führer der Berliner Tischlerinnung und des Holzindustrieverbandes haben Wind gesät, sie werden Sturm ernten. Wenn sie fortfahren in der ihnen beliebten Taktik, immer mehr Groll und Haß in die Herzen Derer zu verpflanzen, von deren Hände Arbeit in der Werkstatt und an der Maschine die Existenz der meisten Tischlereinhaber abhängt, wenn sie weiter fortfahren, das gegenseitige Vertrauen und die Achtung noch weiter zu untergraben, dann ade Tischlerhandwerk. Mit Recht wird man diesen Herren in's Gesicht sagen können: **Ihr habt es verschuldet, daß mit dem Verschwinden des gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen auch das Tischlerhandwerk auf den Hund gekommen ist.**

Fünfter Verbandstag des Oesterreichischen Holzarbeiterverbandes.

Am 29. und 30. Juni tagte in Wien der fünfte Verbandstag des Verbandes der Holzarbeiter Oesterreichs, an welchem 66 Delegierte aus den Ortsgruppen und Landesvereinen, sowie die Mitglieder des Vorstandes, der Kontrolle und der Redakteur des Verbandsorgans teilnahmen. Als Gäste waren auf Einladung des Vorstandes ferner anwesend Kollege Christianien aus Kopenhagen als Vertreter des Dänischen Tischlerverbandes, Kollege Leipart aus Stuttgart als Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes, und ein Kollege aus Budapest als Vertreter der ungarländischen Holzarbeiterorganisationen. Diese ausländischen Gäste behandelten in ihren Begrüßungsansprachen die Solidarität ihrer Organisationen mit den österreichischen Kollegen und berichteten zugleich über die Verhältnisse des eigenen Landes. Ein Begrüßungsschreiben des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes gelangte zur Verlesung.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes sind bereits in unserer Nr. 26 die Hauptpunkte wiedergegeben worden, so daß in dem heutigen Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages auf eine Wiederholung derselben verzichtet werden kann. Unleugbar geht aus dem Vorstandesbericht hervor, daß die Organisation Fortschritte gemacht hat, wenn auch diese Fortschritte nicht gerade beachtliche waren. Die Ungunst der wirtschaftlichen Lage dürfte viel zu diesem Resultat beigetragen haben, obwohl die jetzige Krisis sich nicht in dem Umfange als in Deutschland geltend macht, dies jedoch nur insofern, als eben in Oesterreich auch der vorausgegangene wirtschaftliche Aufschwung ein geringerer war und deshalb der Niedergang nun nicht im gleichen Maße als bei uns empfunden wird. Die Arbeitslosigkeit aber soll auch in Oesterreich und ganz besonders in der Hauptstadt Wien eine große sein. Leider sind auch die Organisationsverhältnisse in Wien immer noch recht ungünstige, von 15 000 beschäftigten Tischlern z. B. sind zur Zeit nur 1400 im Verband organisiert. Erheblich ist es denselben bisher schon gelungen, in einer großen Anzahl von Werkstätten den Neuwandlung durchzuführen.

Eine Diskussion über den Vorstandsbericht fand nicht statt. Es folgte daher sofort ein Referat des Kollegen Skaret über: „Organisation und Agitation“, in welchem er die nachfolgenden Anträge eingehend begründete.

1. Zum Zwecke eines einheitlichen Ansbaues der Holzarbeiterorganisation beschließt der 5. Verbandstag der Holzarbeiter: Die eadliche Durchführung der Unionisierung, resp. Umwandlung der bestehenden Verbände in Verbands-Ortsgruppen. Im Falle, daß bei einzelnen bezüglich weniger bewandten Verbänden gewisse erschwerte Bedenken wegen der Umwandlung erhoben werden sollten, so ist der Verbands-Vorstand verpflichtet, sich mit den betreffenden Organisationen in's Emberechnen zu setzen und die gegen die Umwandlung vorgebrachten Gründe zu prüfen.

Dem Verbandsvorstande steht es sodann zu, über Beschluß die bisherige Angliederung als Verbandsverein zu belassen oder dessen Ausschreiben aus dem Verbandsverhältnis zu verfügen.

2. Der Verbandsvorstand hat das Gebiet Oesterreichs, resp. der einzelnen Kronländer, unter möglichster Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse in Organisationsbezirke (Gemeinden) einzuteilen und die innerhalb ihres Bereiches bereits bestehenden Verbände Ortsgruppen oder Zahlstellen diesen zuzuschreiben.

Die Sitzung der Verbands-Vollversammlung im Organisationsbezirk obliegt demjenigen Ortsgruppenvorstande, den der Verbands-Vorstand hierzu beauftragt, und gilt so gleichzeitig als Gewerkschaft.

Die Tätigkeit und Befugnisse der Ortsgruppen werden durch eine eigene Geschäftsordnung bestimmt. Die Herausgabe derselben besorgt der Verbandsvorstand.

3. Die Verrechnung der Verbandsortsgruppen mit der Verbandszentrale geschieht in der Weise, daß erstere 80 pSt. der eingehobenen Mitgliedsbeiträge an die Zentrale abzuführen haben; 20 pSt. verbleiben der Ortsgruppe für örtliche Lokalverwaltungsauslagen.

Diese Anträge bezweckten die Umwandlung des gegenwärtigen Verbandes von Vereinen in einen einheitlichen Zentralverband nach dem Muster des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

An der ausgedehnten Debatte beteiligte sich auch Kollege Leipart mit einer ausführlichen Schilderung der Entwicklung der Organisation in Deutschland. Namentlich behandelte derselbe den im Jahre 1883 gegründeten Verband von Vereinen der Tischler und dessen im Jahre 1887 erfolgte Umwandlung in den Deutschen Tischlerverband, an Hand dieses völlig gleichartigen Beispiels die Notwendigkeit und den Nutzen der Zentralisation in diesem Sinne darlegend. Die Ausführungen Leipart's und der von ihm erbrachte Nachweis, daß der Aufschwung der Organisation der Tischler Deutschlands in der That erst von der Zeit der Gründung des Verbandes in dem heutigen streng zentralistischen Sinne datiert, dürften denn auch mit dazu beigetragen haben, daß am Schlusse der Debatte, welche bis zum Abend des ersten Verhandlungstages forgebauert, ziemlich einstimmig herrschte, so daß, als am nächsten Morgen die Abstimmung erfolgte, der erste Antrag gegen zwei Stimmen, der zweite einstimmig und der dritte gegen vier Stimmen angenommen wurden.

Zugleich wurde die Einführung eines einheitlichen Verbandsbeitrages von 24 Heller pro Woche und pro Mitglied (weibliche Mitglieder 12 Heller) beschlossen.

Ueber den Ausbau des Unterstützungswezens im Verbandsreferat der Verbandssekretär Groß. Nachfolgende von demselben gestellte Anträge gelangten gegen eine sehr geringe Minorität zur Annahme:

Die Reiseunterstützung ist von 2/3 Kreuzer auf 2 Heller pro zurückgelegten Kilometer zu erhöhen und darf insgesamt im Höchstmaß 24 Kronen — innerhalb zwölf Monate nicht überschreiten. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Reiseunterstützung wird die bisher bestandene Karenzzeit von sechs auf zwölf Monate festgesetzt.

Hat ein Mitglied den Betrag von 24 Kronen an Reiseunterstützung erhalten, so ist es ausgereist, und muß wiederum zwölf Monate hindurch die Beiträge leisten, ehe es neuerlich Anspruch auf Reiseunterstützung hat.

Verbeiratheten Verbandsmitgliedern, welche genötigt sind, ihren Wohn- und Arbeitsort zu wechseln, wird an Stelle der Reiseunterstützung eine Umzugskostenentschädigung bis zur Hälfte der entstandenen Kosten, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 30 Kronen gewährt. Diese Unterstützung wird innerhalb 2 Jahre nur einmal ausbezahlt, sofern die Entfernung zwischen den beiden Orten 30 Kilometer beträgt und das Mitglied mindestens durch zwölf Monate seine Beiträge ununterbrochen an den Verband entrichtet hat.

Die bisher unzulängliche Form der dezentralisierten Arbeitslosenunterstützung innerhalb des Verbandes ist aufzuheben.

Die Arbeitslosenunterstützung ist innerhalb der Verbands-Ortsgruppen zu zentralisieren. Der Verband gewährt an arbeitslose Verbandsmitglieder bei zwölfmonatlicher ununterbrochener Beitragsleistung acht Tage nach Anmeldung der erfolgten Arbeitslosigkeit eine Unterstützung in der Höhe von wöchentlich Kr. 6 in der Dauer von fünf Wochen. Diese Unterstützung wird innerhalb zwölf Monate nur einmal ausgezahlt.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung können weder zu gleicher Zeit, noch unmittelbar nacheinander erhoben werden. Zwischen der Hebung der vollen Reise- und Arbeitslosenunterstützung muß mindestens ein Zeitraum von sechs Monaten verstrichen sein.

Bei theilweiser Hebung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung darf die Gesamtsumme Kr. 30 innerhalb zwölf Monate nicht überschreiten.

Verbandsmitglieder, welche durch Nichtzahlung der Beiträge außer Genutz gekommen sind, verlieren im Falle der Nachzahlung der Beiträge durch sechs Monate jeden Anspruch auf Unterstützung.

Zum Zwecke der Erringung besserer Arbeitsbedingungen haben die Verbandsortsgruppen als auch Verbandsvereine separate Unterstützungsfonds zu gründen.

Die Mittel zu diesen Fonds werden durch wöchentliche Beitragszahlungen von mindestens 10 Heller pro Mitglied aufgebracht. Die Quittung dieser Beiträge erfolgt durch Marken, welche vom Verbands-Vorstande eigenhändig zu diesem Zwecke verausgabt werden.

Dem Verbandsvorstande steht das Recht zu, in besonders berücksichtigungswerthen Fällen eine separate Steuer zum Unterstützungsfonds auszusprechen.

Diese Unterstützung ist von den einzelnen Organisationen auf Grund ihres Stärkeverhältnisses sofort, und zwar wöchentlich, an die Verbandsverwaltung einzuflechten und von den Mitgliedern im Nachhinein einzubehalten.

Ein weiterer, von der Ortsgruppe Dornbirn eingebrachter Antrag wollte, daß die Reiseunterstützung an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes fortan in derselben Höhe derabfolgt werde, wie an die österreichischen Kollegen. Bisher gewährte der Verband den Mitgliedern aller ausländischen Verbände nur 60 Heller Unterstützung an jeder Zahlstelle. Der Vorsitzende Skaret anerkannte das Gutgekommen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, welcher die österreichischen Mitglieder in derselben Höhe als seine eigenen unterstützte, leider aber gestatteten die Mittel des österreichischen Verbandes noch nicht, in gleicher Weise zu handeln, namentlich da die Zahl der in Oesterreich reisenden deutschen Kollegen eine außerordentlich hohe sei und

mehr als ein Drittel der reisenden Unterstützungsempfänger überhaupt betrage.

Die diesbezüglich auf dem Verbandstag vorgetragenen Zahlen dürfen aber kaum als absolut richtig angesehen werden. Denn da die Zahl der deutschen Mitglieder nach der Zahl der eingesandten deutschen Reiselegitimationen festgestellt wurde, so sind zweifellos auch alle nach Oesterreich zurückkehrenden österreichischen Mitglieder, sowie auch etwaige andere durch Deutschland gereiste Ausländer, als deutsche Mitglieder mitgezählt worden. Diese Zählmethode ist daher nicht zuverlässig.

Der Antrag von Dornbirn wurde auf Bestätigung des Kollegen Skaret dem neuen Vorstand zur möglichsten Durchführung überwiesen.

In Bezug auf die Durchführung der gefassten Beschlüsse wurde angenommen, den einheitlichen Beitrag ab 1. Januar 1902 zu erheben, dagegen die Erhöhung der Reiseunterstützung, sowie die Gewährung der Umzugsunterstützung, wie auch die Uebernahme der Arbeitslosenunterstützung auf die Zentrale erst am 1. Mai 1902 in Kraft treten zu lassen.

Den Zahlstellen bleibt es freigestellt, neben dem Verbandsbeitrag erforderlichen Falles noch einen Lokalbeitrag von den Mitgliedern zu erheben.

Nach einem Referat des Redakteurs Brod über den Stand des Verbandsorgans gelangten die zum Punkt „Presse“ gestellten Anträge zur Verhandlung. Die Anträge bezweckten hauptsächlich eine bessere Ausgestaltung des Blattes in fachtechnischer und gewerkschaftlicher Hinsicht und wurden sämtlich dem Vorstande zur Erwägung überwiesen. Ein Antrag auf Einsetzung einer Preßkommission wurde abgelehnt, desgleichen ein weiterer Antrag, wonach die Zeitung in Zukunft den Mitgliedern nicht mehr zugestellt, sondern von ihnen abgeholt werden sollte.

Es folgte ein Referat des Kollegen Skaret über die von der österreichischen Regierung geplante Alters- und Invalidenversicherung der Privatbeamten, von welcher die Arbeiter jedoch ausgeschlossen bleiben sollen und wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche die Ausdehnung dieser Versicherung auf die Arbeiter fordert und die Mitglieder zu einer mächtigen Agitation für diese Forderung und zugleich für die Stärkung der Organisation aufruft.

Das letzte Referat hielt der zweite Verbandssekretär Richter über die Beschlüsse des Industriellentages, die Annahmen der österreichischen Unternehmer, die in dieser Beziehung den deutschen kaum nachstehen, gebührend zurückweisend. Eine entsprechende Resolution gelangte gleichfalls zur einstimmigen Annahme.

Unter den sonstigen Anträgen, welche am Schluß noch erledigt wurden, wollte der erste die Krankenunterstützung im Verband einführen. Derselbe wurde abgelehnt. Ebenso wurde die Uebernahme der Delegationskosten zum Verbandstag auf die Hauptkasse abgelehnt; es haben also auch in Zukunft die Ortsgruppen ihre Delegierten selbst zu bezahlen. Auch die Herausgabe eines Adressenverzeichnisses für den Verband wurde abgelehnt mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel des Verbandes.

Damit waren die Verhandlungen zum Schluß gelangt. Im Namen der ausländischen Gäste dankte Kollege Leipart in einem Schlussworte für die ihnen erwiesenen Aufmerksamkeiten und beglückwünschte den Verband zu den gefassten Beschlüssen. Namentlich in Deutschland werde der Ausbau der Organisation in Oesterreich große Befriedigung erwecken. Die gefassten Beschlüsse garantirten einen erfreulichen Fortschritt, ja, mit der Zentralisation der Arbeitslosenunterstützung sei nun der österreichische Verband dem Deutschen Holzarbeiterverbande sogar vorausgeeilt. Redner schloß mit einer Mahnung an die Delegierten, nun auch mit ganzer Kraft für die Durchführung der Beschlüsse einzutreten.

Nach einem kernigen Schlussworte des Vorsitzenden Skaret wurde alsdann der Verbandstag unter Absingen des Liedes der Arbeit am 30. Juni, Abends 5 1/2 Uhr, geschlossen.

Wenn wir am Ende unser Gesammturtheil über den diesjährigen Verbandstag im Vergleich zu den Verhandlungen desjenigen von 1899 abgeben sollen, so können wir nur sagen, daß es auch in Oesterreich, wenn auch bisher nur ziemlich langsam, so aber doch vorwärts geht.

Die Holzindustrie im Bericht der Schwedischen Gewerbe-Inspektion 1899.

Von Erik Brunt.

In dem vor kurzem erschienenen Bericht der Schwedischen Gewerbeinspektion von 1899 nimmt die Holzindustrie, als eine der größten des Landes, eine bedeutende Stellung ein. Es dürfte deshalb wohl von Interesse sein, etwas näher auf den Bericht einzugehen, um so mehr, da wir infolge der schwedischen Konkurrenz naturgemäß der schwedischen Holzindustrie unsere volle Beobachtung widmen müssen. Allerdings müssen wir voraussagen, daß an der schwedischen Gewerbeinspektion noch recht Vieles auszufahren ist, so daß unsere Leser sich keinen Hoffnungen, etwas Näheres von den Arbeitsverhältnissen unserer dortigen Kollegen zu erfahren, hingeben dürfen. Immerhin bleiben aber die Angaben der Gewerbeinspektion für uns von Interesse, weil sie uns einen nicht zu unterschätzenden Einblick in die dortigen Verhältnisse, hinsichtlich Größe, geographische Lage u., der Holz-

Industrie gewähren. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben wir ja übrigens in Nr. 51 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre berichtet. — Nach den von der schwedischen Gewerbeinspektion im Jahre 1899 geführten Listen waren im Ganzen 4090 Betriebe der Holzindustrie vorhanden, welche der Inspektion unterlagen. Hier von wurden im Berichtsjahre nur 373 Betriebe revidirt, worin 16 553 Arbeiter, davon 363 Frauen, beschäftigt wurden. Dieselben gruppiren sich hinsichtlich Alter und Geschlecht folgendermaßen:

	männlich	weiblich
Im Alter von 12 bis 14 Jahren.....	617	10
14 „ 18 „	2002	88
Ueber 18 Jahre.....	13571	265
Summa.....	16190	363

Nicht weniger als 392 Unfälle sind der Inspektion gemeldet worden, davon 26 mit tödlichem Verlauf. 191 der Unfälle entfallen auf den nördlichen Distrikt, worin sich die großen Sägemühlen befinden. Von der großen Gefahr dieser letzteren Branche spricht die Thatsache zur Genüge, daß von 392 Unfällen in der gesammten schwedischen Holzindustrie nicht weniger als 295 auf die Sägemühlen resp. Hoblereien entfallen; ihnen folgt die Fabrikation für Möbel, Bauartikel (Thüren z.) mit 93 Unfällen, während in der Fassfabrikation nur ein Unfall und in der übrigen Holzindustrie — hierzu wird auch die Kork- und Bürstenfabrikation mitgezählt — drei Unfälle vorgekommen sind. Wir verzichten auf ein näheres Eingehen des Einzelberichtes 1899 und wollen uns in Nachfolgendem mit dem Gesamtbericht 1890—99 beschäftigen. Von den 1899 registrierten 4090 Arbeitsstellen in der Holzindustrie sind seit 1890, d. h. so lange die schwedische Gewerbeinspektion besteht, 1722 Betriebe vom Gewerbeinspektor besucht worden. Die Zahl der hierin beschäftigten Arbeiter betrug 52 238 männliche und 1359 weibliche Personen. Dieselben gruppiren sich folgendermaßen:

	männlich	weiblich
Im Alter von 12 bis 14 Jahren.....	1416	80
14 „ 18 „	6549	254
Ueber 18 Jahre.....	44273	1015
Summa.....	52238	1359

Die meisten Arbeiter beschäftigen die Sägemühlen und Hoblereien, nämlich 42 456 Personen, davon 793 Frauen. Am Bedeutendsten ist diese Industrie in Nordschweden. In den im nördlichen Bezirk revidirten 300 Betrieben waren nicht weniger als 27 637 männliche und 452 weibliche Personen beschäftigt. Dagegen zeigte Südschweden in 244 Betrieben nur 2261 männliche und 15 weibliche beschäftigte Personen und Mittelschweden bei einer bedeutend höheren Zahl der Betriebe, und zwar 423, nur 5778 männliche und 204 weibliche darin beschäftigte Personen. Hierbei ist allerdings zu bemerken, daß eine — der Betriebszahl nach — nicht allzu geringe Gruppe dieser Industrie in den mittleren und südlicheren Theilen Schwedens die Brennholzszägereien ausmachen, welche Gruppe zur Hauptsache zum Kleinbetrieb zu zählen ist. Hierdurch ergibt sich auch leicht der Grund der höheren Betriebszahl der südlicheren Bezirke. Die eigentliche Sägemühlenindustrie hat ihren Sitz im nördlichen Schweden, wo die großen Kolosse des schwedischen Waldes an der Küste zu verwendungsfertigem Rohmaterial verwandelt, nach dem Süden transportirt und dann in den Tischlereifabriken verarbeitet werden. Unter diesen nimmt die Baumaterialienfabrikation den ersten Platz ein, und nicht am wenigsten durch ihren großen Export, worunter wir speziell in Norddeutschland schwer zu leiden haben. Leider sind im Bericht nicht die verschiedenen Gruppen der Tischlereifabrikate getheilt, sondern alle in einer Zahl zusammengefaßt, ein Fehler, der um so mehr zu verurtheilen ist, weil es dadurch zur Unmöglichkeit gemacht wird, sich auch nur ein einigermaßen klares Bild zu verschaffen.

Baumaterialien-, Möbel-, Musikinstrumenten-Fabriken zc. sind im Bericht gänzlich durcheinander gewürfelt unter dem gemeinschaftlichen Namen Tischlereifabriken. Diese haben ihren Hauptsitz in den östlichen und westlichen Distrikten. Von 179 registrierten Fabriken im östlichen Distrikt, sind in der Zehnjahresperiode 58 revidirt. Dieselben beschäftigen 2382 Personen, davon 24 Frauen. Von den 125 im westlichen Distrikt liegenden Fabriken, in welchen 3338 Männer und 195 Frauen thätig waren, sind 89 revidirt. Insgesamt wurden in den in sämmtlichen Distrikten revidirten Betrieben der Tischlereifabrikation 8802 männliche und 259 weibliche Arbeiter beschäftigt, zusammen also 9061 Personen. — Die dritte Hauptgruppe ist die Fassfabrikation. In den 22 von 47 revidirten Betrieben waren 481 Personen thätig. Fassfabriken fehlen im nördlichen Distrikt gänzlich. 22 sind im östlichen, 4 im mittleren, 8 im westlichen und 13 im südlichen Distrikt belegen. Im letzteren wurden 203 Arbeiter beschäftigt, im ersteren nur 102. Am bedeutendsten scheint sie im westlichen zu sein, woselbst in 3 revidirten Betrieben 116 Arbeiter beschäftigt werden. — Zur vierten Hauptgruppe werden dann die übrigen kleineren Nebenbranchen gezählt, als Kork- und Bürstenfabrikation zc. In 69 revidirten Betrieben wurden 1599 Personen beschäftigt, davon 307 Frauen. 97 solcher Betriebe waren im Ganzen bei der Gewerbe-Inspektion registriert.

Von allgemeinem Interesse dürfte aber die Unfallfrequenz in den verschiedenen Gruppen sein. Allen voran ist naturgemäß die erste Gruppe, die Sägemühlenindustrie. Von den in den Jahren 1896—1899 1491 ausgegebenen Unfällen stehen nicht weniger als 1209 auf ihrem Konto. Von 93 Unfällen mit tödlichem Verlauf entfallen 88 auf diese Industrie. Der

nördliche Distrikt allein zählt 788 Unfälle, wovon 48 mit tödlichem Verlauf. Im Jahre 1899 passirten, wie oben erwähnt, 392 Unfälle, wovon 295 auf die Sägemühlenindustrie entfallen. Demnach zu schließen, hat in dieser Branche die Zahl der Unfälle nicht im Geringsten abgenommen, sondern im Gegentheil zugenommen. Da muß man doch die Frage aufwerfen, ob die Inspektion, die in Schweden lediglich und allein eingesetzt ist, um die Unfallverhütung zu überwachen, nicht wenigstens in dieser Industrie ihren Zweck verfehlt hat. Denn nach einem dem Bericht einverleibtem Vortrage, den der Inspektor im südlichen Distrikt gelegentlich einer Ausstellung in Kristiansstad 1899 gehalten, soll die Unfallfrequenz im Allgemeinen sich in stetiger Abnahme befinden. Er beweist dies durch einige Zahlen, welchen wir entnehmen, daß 1894 bei einer gleichen Arbeiterzahl 9,5 Mal so viele Unfälle mit tödlichem Verlauf vorgekommen sind als 1897. 1896 hatte 90, 1897 hatte 72 und 1898 71 Unfälle mit tödlichem Verlauf zu verzeichnen. Vergleicht man diese Zahlen mit den obigen aus der Sägemühlenindustrie und verwandten Betrieben, so zeigt sich, daß von einer Abnahme der Unfälle in den letzten Jahren nicht geredet werden kann.

Nicht am wenigsten Interesse dürften für uns die Zahlen von der Unfallversicherung in den im Jahre 1899 zum ersten Male revidirten Betrieben haben. In Schweden ist die gesetzliche obligatorische Unfallversicherung bis dato noch nicht eingeführt, und so haben die Arbeiter eben versuchen müssen, diese wichtige Frage selbst zu lösen, so gut es sich machen läßt. Die Gewerkschaften haben die Frage zu der ihrigen gemacht und man sucht so viel als möglich die Arbeitgeber mit heranzuziehen. Daß dies eine recht schwere Arbeit ist, liegt klar auf der Hand; die untenstehenden Zahlen geben hierzu eine vortreffliche Illustration. 206 Arbeitsstellen der gesammten Holzindustrie wurden im Jahre 1899 zum ersten Male revidirt. Sie beschäftigten insgesamt 8539 Arbeiter, davon 131 Frauen. Gegen Unfall versichert waren 1735 Arbeiter. In 9 Fällen mit 1429 Arbeitern zahlten die Arbeitgeber nur allein die Prämien, in 11 mit 305 Arbeitern beide Parteien und in einem Fall der Arbeiter allein. In 184 Betrieben mit 1804 Arbeitern fehlte eine Unfallversicherung gänzlich. Während das Resultat bezüglich der Unfallversicherung als günstig bezeichnet werden muß, ist das der Krankenversicherung sehr kläglich. Hier war es nur in 5 Fällen gelungen, die Arbeitgeber mit heranzuziehen, einen Theil der Beiträge mit zu entrichten. Bei diesen 5 wurden 165 Arbeiter beschäftigt. In 9 Betrieben mit 1254 Arbeitern zahlten diese ihre Beiträge allein und in 189 Betrieben mit 2120 Arbeitern fehlte die Krankenversicherung gänzlich. Pensionskassen waren überhaupt nicht vorhanden.

Soweit der Bericht der Gewerbeinspektion von 1899. Wir vermessen Vieles darin. Nicht ein Wort von der Organisation der Arbeiter, ihren Arbeitsverhältnissen im Allgemeinen, als Arbeitszeit, Lohn zc. Aber vor Allem dünkt uns die Zahl der revidirten Betriebe viel zu gering, eine schon an sich natürliche Folge der zu winzigen Zahl der revidirenden Beamten, die aber hier noch dadurch vermindert wird, daß die paar Beamten nicht mal ihre ganze Thätigkeit der Inspektion widmen können. Der eine Inspektor hat sogar im betreffenden Berichtsjahre nur 75 Tage zu der Inspektion gebraucht. Ueberhaupt ist die der schwedischen Gewerbeinspektion gestellte Aufgabe noch zu winzig, um eine größere Aufmerksamkeit auf sich zu konzentriren, sie ist denn auch nur eine Mißgeburt einer reaktionären „Arbeiterfürsorge“. Eine wirklich segensreiche Thätigkeit der Gewerbeinspektion dürfte erst dann zu erwarten sein, wenn die Arbeiterklasse selbst dabei engagirt wird und die gewerbliche Thätigkeit mit überwacht. Aber bis man in Schweden soweit gekommen sein wird, dürfte noch geraume Zeit vergehen. Erst müssen die überlieferten feudalen Traditionen gebrochen sein.

Der Antheil der Gewerkschaftsbewegung an der materiellen Hebung der Arbeiterklasse.*)

Von Robert Schmidt (Berlin).

I.

So vielgestaltig die Aufgaben der Gewerkschaften sind, immer wird das Streben nach Vesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Vordergrund treten; denn die Interessengegenstände zwischen Kapital und Arbeit werden den Kampf um die Höhe des Gewinnes auf der einen und den des Lohnes auf der anderen Seite nie zum Schweigen bringen. In der Höhe des Lohnes liegt für die Arbeiterklasse die Bestimmung ihrer Lebenshaltung, ihres kulturellen Fortschritts; auch die Gewerkschaft gewinnt erst bei gut entlohnten Arbeitern die Grundlage zur Erfüllung ihrer idealen Aufgaben, zum Gedeihen des Unterstützungswesens. Der starke Anreiz für die Arbeiter, in dieser wirtschafts-politischen Thätigkeit ihre Organisationen aufgehen zu lassen, sei es durch Einfluß auf die Gesetzgebung oder durch Selbsthilfe, findet eine sehr einfache Erklärung.

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland konnte natürlich erst dann einen nachhaltigen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse gewinnen, als sie aus ihrer

irrenden Vereinszersplitterung heraus, von den Drangsalirungen des Sozialistengesetzes befreit, in geklärtter Anschauung einen bestimmten Weg in ihrer Entwicklung einschlagen konnte. Die Zeit der Irrungen und Verirrungen wird deshalb weniger fruchtbar für die Beantwortung des gestellten Themas sein, um so mehr aber wird die Periode von 1890 bis 1900 interessante Aufschlüsse geben. Jedoch wäre es unrecht, wollte man die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung vielleicht als gänzlich erfolglos in ihrer Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse bezeichnen. In den Zeiten guten Geschäftsganges gelang es den Gewerkschaften auch in ihrem ersten Entwicklungsstadium, durch schnell zusammengeraffte Arbeitermassen siegreiche Lohnbewegungen durchzuführen; aber bei den geringen Mitteln zur Unterstützung der Streikenden und der losen Organisation verschwanden die Erfolge des Lohnkampfes sehr bald, da der Widerstand gegen eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse mit der Beendigung der Lohnbewegung aufhörte. Die Tarifverträge, die eine Gleichmäßigkeit der Löhne von längerer Dauer festlegen, waren doch erst möglich mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung.

Dabei würden die Bemühungen, aus der Zeit vor 1890 statistisches Material darüber zu erlangen, inwiefern die Gewerkschaften zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse beigetragen haben, erfolglos sein. Die Gewerkschaften selbst haben ihre Statistiken erst im Laufe des verfloffenen Jahrzehnts gepflegt, und auch das amtliche Material, das in Verbindung mit der Versicherungsgesetzgebung geschaffen ist, reicht nicht weiter zurück.

Allerdings fällt in diese Zeit ein wirtschaftlicher Aufschwung, der für die Gewerkschaftsbewegung eine kräftige Anregung bot. Aber gerade hier muß die Gewerkschaft den Nachweis führen, wie weit sie im Stande war, die Situation auszunutzen.

Der günstige Einfluß der hochgehenden Konjunktur in den Jahren 1895 bis 1900 zeigt sich besonders in der Zunahme der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften. Im Jahre 1891 gab die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften auf 287 659 an; im Jahre 1899, der letzten Veröffentlichung, stieg die Zahl auf 596 419. Daneben zählen die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1900 162 000 und die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine rund 90 000 Mitglieder.

Machen die Gewerkschaften auch weiterhin diese Fortschritte, dann wird auch der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo die Zahl der organisirten Arbeiter in Deutschland eine Million erreicht. Nach der Berufszählung im Jahre 1895 betrug die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 60 Jahren 5 621 841. Das sind die Industriearbeiter, die für die Gewerkschaftsorganisation in Betracht kommen. Ihre Zahl ist in den folgenden Jahren nicht unbedeutend gestiegen und ergibt immer noch ein schlechtes procentuales Verhältnis der organisirten zu den unorganisirten Arbeitern; aber es geht vorwärts, das bringt uns die wachsende Zahl der Organisirten zum Bewußtsein. Einige Gewerkschaften sind bereits weit voraus: die Buchdrucker haben 64,2 pZt. und die Bildhauer sogar 68,3 pZt. ihrer Berufsangehörigen organisiert.

In demselben Verhältnis, wie die Mitgliederzahl wuchs, steigerten sich die Erfolge der Lohnkämpfe. Die höhere Beitragsleistung gestattete die Unterstützungssätze zu erhöhen. So läßt sich hoffen, daß auch während der Krise nicht wieder eine große Fahnenflucht der Mitglieder eintritt, wie es in den Jahren 1891 bis 1894 geschah, sondern daß die Gewerkschaften in der Lage sein werden, die Wirkungen eines wirtschaftlichen Niederganges auf die Arbeiterklasse abzuschwächen.

Die Aufwärtsbewegung in Handel und Verkehr in den Jahren 1895 bis 1900 hatte nicht nur durch die günstige Entwicklung der Gewerkschaften die Machtmittel im Lohnkampf der Arbeiter gestärkt, sondern auch auf einen Ausgleich in den Lohnverhältnissen hingewirkt, und zwar geschah das durch die Verschiebung großer Arbeitermassen.

Der Zug vom Lande in die Industriezentren war in mächtigem Anschwellen begriffen, der höhere Lohn in der Industrie lockte zum Verrückten der ländlichen Grundbesitzer die Arbeitermassen in die Fabriken. Besonders der Osten mit seinen elenden Arbeitsverhältnissen bot fortgesetzt ein reiches Rekrutierungsfeld für den Bedarf der Industrie. Und so sehr die ostelbischen Junker über den Zug nach der Stadt fluchen und mit Ingrimm ihre besten Arbeitskräfte auswandern sehen — es giebt kein anderes Mittel für sie, diesen „Nothstand“ zu beseitigen, als den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen und ihnen bessere Behandlung angedeihen zu lassen. Ganz hat man sich dieser Einsicht auch in der Landwirtschaft nicht verschließen können, aber man sträubt sich dagegen, nach dieser Richtung hin die Lösung zu suchen. Die Unterdrückung der Freizügigkeit erscheint den Agrariern noch immer als die einzige Lösung der ländlichen Arbeiterfrage.

Was würde es aber den Junkern nützen, wenn sie wirklich die Beschränkung der Freizügigkeit und die Bestrafung des Kontraktbruches durchsetzten? Sie berekeln dann dem ländlichen Arbeiter nur noch mehr seine soziale Stellung und rufen das Verlangen, diesen Verhältnissen zu entfliehen, um so reger nach. Schließlich werden die Zustände selbst für die

*) Aus den „Sozialistischen Monatsheften“. Berlin W 35, Bülowstr. 85 a. Juliheft 1901. Jeden Monat erscheint ein 4—5 Bogen starkes Heft à 60 A. Wir bitten das Abonnement bestmöglichst empfehlen.

Gehälter und russischen Polen unerträglich, und die agrarische Borntheit verschleßt sich auch diese Gültquelle des Arbeiterzustroms. Schon heute zeigt sich bei diesen Arbeiterschichten auf den deutschen Gütern so viel Unzufriedenheit, daß nicht viel fehlt, um ihnen das Hinüberkommen nach Deutschland gänzlich zu verleiden.

Dieses Wegziehen der Arbeitermassen aus Gegenden mit niederen Löhnen und schlechten Arbeitsverhältnissen in Distrikte mit besseren Erwerbsverhältnissen mußte demnach trotz allen Sträubens die Löhne der Landarbeiter günstig beeinflussen. Wollten die Interessenten der Landwirtschaft sich nicht gänzlich die Möglichkeit nehmen, leistungsfähige, geschickte einheimische Arbeiter in ihren Diensten zu behalten, so mußten sie Lohnerhöhungen eintreten lassen, die Gegenstände zu den Arbeitsverhältnissen in der Industrie verringern. Aber diese Gegenstände sind immer noch so groß, daß die ländliche Arbeiterklasse eine starke Neigung zur Abwanderung behält.

Dieselben Gegenstände haben auch in den rückständigen Industriebezirken Lohnerhöhungen zur Folge gehabt. Die schlesischen Bergwerksbesitzer und Eisenindustriellen, die in diesem Industriezweige die niedrigsten Löhne zahlen, sahen plötzlich ihre Arbeiter von Agenten für die Hütten- und Bergwerksbetriebe in Rheinland und Westfalen angeworben. Die Folge war, daß sie, um einen befähigten Arbeiterstamm zu erhalten, kleine Lohnaufbesserungen eintreten lassen mußten. Dasselbe wiederholte sich in anderen Industrien. Allerdings kann die geschilderte Wirkung nur dann eintreten, wenn ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist.

Trotz des Heranziehens dieser Arbeitermassen hat die Industrie ihren Bedarf im Inlande nicht voll gedeckt, vielmehr gleichfalls zur Anwerbung anspruchloser ausländischer Arbeiter gezwungen. Besonders im Bergbau und in der Eisenindustrie ist der Zuzug polnischer und tschechischer Arbeiter übermäßig gestiegen.

Der Schnappschäftsverein in Essen giebt in seinem Bericht für das Jahr 1898 an, daß im Ruhrrevier 25 pSt. der Bergleute fremdsprachigen Ursprungs seien. Einen ungefähren Anhalt für die gesteigerte Forderung der Arbeiter in der Industrie giebt die Mitgliederzahl der Krankenkassen: Die Zahl der Versicherten ist im Jahre 1894 mit 7 282 609 angegeben, sie stieg im Jahre 1899 auf 8 770 057, das bedeutet eine Zunahme von 1 487 448. In dieser Zahl sind die Hausgewerbetreibenden nur zum Theil enthalten, daneben ist zu beachten, daß eine Anzahl doppelt Versicherte wiederkehrt. Immerhin wird der Kreis der Versicherungspflichtigen seit 1894 ziemlich derselbe geblieben sein, und insofern geben die Zahlen Aufschluß über eine kolossale Steigerung der Arbeiterzahl in der Industrie. Tritt nun der Rückschlag in der Industrie ein, dann ist das Zurückfluthen der Arbeitermassen weit schwieriger. Der Kapitalismus entledigt sich mit rücksichtsloser Härte der überflüssigen Arbeitermassen, die er seinerzeit mit allen Mitteln herbeigezogen hatte. Die aus dem Auslande Herbeigezogenen fallen dann auf einmal „lastig“, wie der polizei-technische Ausdruck lautet, und werden über die Grenze geschoben.

Für die Gewerkschaften ist es nicht bedeutungslos, wie der Mehrbedarf auf dem Arbeitsmarkt gedeckt wird. Vor Allem macht sich ein starker Widerwille dagegen geltend, daß die Unternehmer vom Auslande billige und tüchtige Arbeitskräfte heranziehen. Aber selbst im Inlande giebt es Distrikte, in denen die Unternehmer auf eine von der Arbeiterbewegung fast völlig unberührte und schwer zugängliche Arbeiterschicht zurückgreifen können, wenn größerer Bedarf an Arbeitskräften sich einstellt. Man spielt die „Genügigen“ gegen die „Begehrlichen“ aus. Dieser Trick gelangt nur zu gut. Unsere Bergarbeiterbewegung, die so schon mit einer rückständigen Arbeiterbevölkerung zu rechnen hat, wird fortgesetzt auf das Schmerzliche gehemmt durch den Zufluß von Leuten, die der Gewerkschaft geradezu feindlich gegenüberstehen, deren Bedürfnislosigkeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung als keine empfehlenswerthe Eigenschaft betrachtet werden kann. Für diesen Zustrom aus Gegenden mit zurückgebliebener Arbeiterbevölkerung bedeutet das neue Arbeitsverhältnis eine Besserung der Lebensverhältnisse, aber für die anständigen Arbeiter bildet es zugleich ein Hemmnis in ihrem Fortschritt.

Rudjan.

Die Unternehmerringe sich auf Kosten von Staat und Gesellschaft zu bereichern versuchen. In Schlagschüssen haben sich bei öffentlichen Holzversteigerungen Puffschüsse eingebildet — zum Schaden der Staatskasse. Ein Prozess mit dem sich das Oberlandesgericht Colmar im zweiten Jahrgang befaßt, hat gezeigt, wie die Sache gewandt war. Eine große Zahl bedeutender Holzhandlungen von Schlagschüssen und angrenzenden Bundesstaaten hatte eine Vereinbarung dahin getroffen, daß sie sich bei Holz in Versteigerungen aus dem reichsständischen Staats- und Gemeinbewaldungen nicht betheiligen, daß aber diejenigen, denen der Zuschlag ertheilt werde, daß Holz zur notwendigen Verfertigung im Kreise der Umwohnenden bringen müßten, und daß der Mehrerlös vertheilt werde. Jeder der Betheiligten hatte das Holz behalten. Die von den Holzhandlungen erhobene Menge an Schlagschüssen, welcher auf 20 pSt. des Einheitspreises bemessen wurde, ist

von beiden Instanzen als unzulässig abgewiesen worden, weil die Vereinbarung gegen die noch in Geltung befindliche Vorschrift des Artikel 412 Absatz 2 des Code pénal, sowie auch gegen die guten Sitten verstöße.

So international wie das Kapital, so international sind auch seine Tricks. Das dänische Zentralorgan der Sozialdemokratie hat in der letzten Zeit Enthüllungen über das Verhalten der Unternehmerringe bei öffentlichen Submissionen gebracht, die auch in Deutschland praktiziert werden. So haben die vier dänischen Zementfabriken für Lizenzen und Lieferungen von Zement folgende Bestimmungen aufgestellt:

1. Bevor die Angebote gemacht werden, versammeln sich die Fabrikanten auf dem gemeinsamen Komptoir in Kopenhagen. Hier wird bestimmt, wie viel auf jede Offerte aufgeschlagen werden soll.

2. Jeder Fabrikant ist verpflichtet, sein Angebot in der Form und mit dem Preiszuschlag einzureichen, wie es die Mitglieder des Ringes beschloffen haben. Uebertretungen dieser Bestimmung werden mit dem Fünffachen des Wertes der Waare bestraft.

3. Der Preiszuschlag wird zwischen den vier Fabriken zu gleichen Theilen vertheilt.

Dieser Ring ist um so gefährlicher, als es die dänischen Fabriken verstanden haben, die ausländische Konkurrenz zu neutralisiren. Sie haben mit den norwegischen, schwedischen und deutschen Fabriken ein Uebereinkommen geschlossen, wonach keine von ihnen sich an Lizenzen und Lieferungen nach außerhalb der Landesgrenzen betheiligen darf.

Hoher Gewinn und guter Geschäftsgang. Die Aktiengesellschaft für Feinmechanik in Tullingen hat trotz der riesigen neuen Fabrikanlagen einen Reingewinn von M. 360 130 erzielt. Die vor zwei Wochen stattgefundene Sitzung der Aktionäre beschloß, von diesem Arbeitsertrag eine Dividende von 10 pSt. zur Vertheilung zu bringen, M. 8000 für Gratifikationen an Angestellte, M. 7000 für den Unterhaltungsfonds zu verwenden, so daß nach Auszahlung der vertrags- und statutenmäßigen Lantienmen ein Saldoortrag von M. 33 290,41 auf neue Rechnung verbleibt.

Ueber den Geschäftsgang der Schiffbauergesellschaften liest man in der „Frankf. Ztg.“:

„Aus Kiel, 1. d. M., wird uns geschrieben: Während aus allen industriereichen Gebieten sehr wenig befriedigende Nachrichten vorliegen, hat der Schiffbau noch immer Anlauf, befreit sich zu sein. Nach meinen Informationen aus diesen Kreisen ist die Nachfrage nach Schiffen bisher anhaltend lebhaft, die meisten Schiffbauergesellschaften sind bis weit in das Jahr 1902 hinein voll beschäftigt.“

Mit dem Verdienst der Aktionäre hat's also vorläufig noch keine Noth; deren Weizen blüht noch trotz der Krise, und die Arbeiter und deren Auskommen kümmern die Herren nichts, sie können also in aller Ruhe abwarten, was das laufende Geschäftsjahr bei verringerten Arbeitslöhnen ihnen als Gewinn in den Schooß wirft.

Unternehmerhege gegen die badische Fabrikinspektion. Der Schwarzwalder Arbeiter ist ein vertrauliches Schreiben der Handelskammer Billingen an die Fabrikanten des Bezirks in die Hände gefallen. Dasselbe lautet:

Billingen, im Juni 1901.

P. P.

Aus Fabrikantenkreisen unseres Bezirks sind seit längerer Zeit Klagen über das Verfahren der Beamten der großh. Fabrikinspektion in Ausübung ihres Berufes zu unserer Kenntniß gekommen — über Auftreten derselben in Fabrikträumllichkeiten, Aufzählungen bezüglich Schutzvorrichtungen, Abhaltung von Arbeiterversammlungen und geheimen Sprechstunden für die Arbeiter zc.

Um ein umfassendes Urtheil über den Umfang und die Berechtigung solcher Klagen zu gewinnen, beschloß die Handelskammer in ihrer letzten Plenarsitzung, bei den hauptsächlich in Betracht kommenden Firmen geeignete Umfrage zu halten.

Wir bitten Sie, demgemäß uns innerhalb vier Wochen gest. mittheilen zu wollen, ob Sie ebenfalls Klagen zu äußern haben und beabsichtigen, uns dieselbe möglichst ausführlich nach jeder Richtung hin mittheilen zu wollen.

Wir sichern Ihnen bezüglich Namensnennung strengste Diskretion zu und bitten auch Sie, die Angelegenheit vorläufig als eine vertrauliche behandeln zu wollen.

Die Handelskammer.

Der Präsident: Benz.

Dr. jur. Knorz.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Damit wäre also eine veritable Inquisitionbehörde geschaffen, die die Scheiter zusammenträgt, auf denen der Fabrikinspektor Wörtschöffer und seine Beamten verbrannt werden sollen. Bezeichnend für die vielgerühmte „Arbeiterfreundlichkeit“ der Schwarzwalder Fabrikantenslique ist die Thatfache, daß selbst die Forderung von Schutzvorrichtungen gegen Unfälle ihren Unwillen erregt; ebenso sind ihnen auch die geheimen Sprechstunden der Aufsichtsbeamten für die Arbeiter ein Dorn im Auge. Warum giebt man den Herren aber auch keine Gelegenheit, ihre Kulis kennen zu lernen, die über die Zustände in den Betrieben zu klagen haben? Durch die Entlassung wäre diesen Klagen ja am einfachsten abgeholfen. Wie schon nimmt sich unsere vielgerühmte Arbeiterschutzgesetzgebung doch auf dem Papier: ans! Wehe Dem aber, der sich untersehen sollte, ihr praktische Geltung zu verschaffen!

Bankrott und Geschäftskrisis. In der letzten Zeit mehren sich die Zusammenbrüche der Banken ganz beträchtlich. Eine nach der anderen stellt die Zahlungen ein, was begreiflicherweise nicht ohne Einfluß auf das Gewerbsleben bleiben kann. Die Zahl der Konkurse betrug allein im Monat Mai 111, jechs mehr als im April und 11 mehr als im Mai des vorigen Jahres. Davon entfallen auf die Reichshauptmannschaft Leipzig 22 Zahlungseinstellungen. Weiter kommen auf die Kreise Dresden 26 (26) Zahlungseinstellungen bei 11 Amtsgerichten, Bamberg 16 (7) Anmeldeungen bei 10 Amtsgerichten und Jena 21 (14) Anmeldeungen bei 11 Amtsgerichten. Die in Anhang stehenden Zahlen bezeichnen hier und im Folgenden die gleichartigen Verthe aus dem Monat Mai des Vorjahres. 17 Amtsgerichte in Sachsen haben im Ende Mai

für das laufende Jahr noch keine Zahlungseinstellung im Reichsanzeiger veröffentlicht. Von den einzelnen Amtsgerichten hat Leipzig mit 14 (10) Zahlungseinstellungen die Höchstzahl gehabt; danach folgen: Chemnitz mit 10 (7), Dresden mit 6 (9), Zwickau (0).

Tausende Arbeiter sind infolge der Zahlungseinstellungen der Banken und der auf dem Fuße folgenden Konkurrenz arbeitslos geworden, und es wird lange dauern, ehe die Geschäftswelt sich von dem Krach, der dem von 1873 an Tiefe und Umfang schon über ist, erholt haben wird. Die Arbeiter sind es leider immer, die unter der Gründerpekulation und unter den korrupten Zuständen in unserem Wirtschaftslieben leiden müssen, sie müssen immer das Bad kühlen, ob der Geschäftsgang flott oder flau geht. Wam wird das endlich besser werden!

Das Handwerk hat doch einen goldenen Boden. Um das zu „beweisen“, bringt die „Deutsche Buchbinderei- und Kartomagen-Zeitung“, redigirt im Geiste der Handwerksreiter, in ihrer letzten Nummer eine Notiz, wonach Handelsminister Müller in seiner Jugend in Bielefeld die Buchbinderei erlernte. Es sei dort Sitte, gleich den Traditionen des Hohenzollernhauses, daß die Söhne von besseren Familien ein Handwerk erlernen. Müller trat bei E. Sundlach in die Lehre, welcher Firma er heute noch seine Anhänglichkeit dadurch beweise, daß er sich, als die Firma voriges Jahr sich in eine Aktien-Gesellschaft umwandelte, mit Einlage von Kapital theilhaftig und zur Zeit noch als Aufsichtsrath thätig ist und dabei etwas „Nebenverdienst“ erwirbt. Am Schlusse heißt es: „Man sieht, Handwerk hat doch noch einen goldenen Boden!“

Nämlich das Handwerk der Aktiengesellschaften und Aufsichtsräthe. Handwerker, die kein Kapital haben und deshalb auch nicht Andere für sich schaffen lassen können, werden vergeblich nach dem ersehnten „goldenen Boden des Handwerks“ die Hände ausstrecken.

Abgebote bei Submissionen. Es ist ein beklagenswerther Uebelstand, daß die Handwerker bei Einreichung etwaiger Offerten immer das Nichtigere rechnen außer Acht lassen. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß manchmal die Angebote 15—50 pSt. unter dem Kostenanschlag waren. Die Behörden, welche mit den Summen für etwaige Bauten in ihrem Ausgabeetat rechnen, die im Vorausschlag angegeben sind, sparen eine Masse Geld, wenn die Handwerker mit ihren Forderungen unter dem Kostenanschlag bleiben. Mit dieser Möglichkeit rechnete auch der Magistrat der Stadt München, als er die Genehmigung gab, daß ein Röntgenstrahlen-Kabinett am städtischen Krankenhaus gebaut werden solle. In einer diesbezüglichen Notiz in der „Münch. Post“ heißt es wörtlich: „Der Magistrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Kosten hierfür (M. 17 607), die aus Submissionen abgegeben bestritten werden können.“

Merkt's Euch, Handwerker, und lernt rechnen.

Zwei Photographien als Belohnung für 40 Jahre treuer Arbeit! In der „Gazette de Lausanne“ vom 19. Juni befindet sich eine kleine Einblendung, die, wie die Schweizerische „Arbeiterstimme“ annimmt, wohl von dem in Frage stehenden Geschäft selbst fabrizirt worden ist, welche zum Gegenstand den Verkauf eines Festzens in Sentier (Jourthal) hat. Wir geben hier kurz ein Resumé dieser Einblendung:

Das Uhrenfabrikationsgeschäft Recoultra & Co. überreichte fünf Arbeitern, welche während 40 Jahren unausgesetzt im Geschäft zur besten Zufriedenheit des Hauses arbeiteten, als Zeichen der Anerkennung, Dankbarkeit und Belohnung: die Photographie des Gründers des Hauses, sowie diejenige des Fabrikgebäudes!

Bei der Ueberreichung dieser hochherzigen Belohnung brühte Herr Recoultra die Hoffnung aus, die belohnten Arbeiter möchten noch recht lange so arbeiten, wie bis dahin, und daß die Arbeit nie fehlen möge, damit das Haus noch recht viele solcher Belohnungen zuerkennen könne wie diese, welche sie heute verabreicht!

Hierzu bemerkt die „Solidarités horlogères“, ein französisches Gewerkschaftsblatt:

Wenn die Ueberreichung von zwei Kartons als Belohnung für 40 Jahre treuer Arbeit schon genügend die Beurteilung des Arbeiters charakterisirt, so setzt die Hoffnung auf noch lange Jahre harter Arbeit dem Denken dieser Herren von der Arbeiterschaft erst recht die Krone auf, indem diese ja als nichts Anderes als Hausthiere betrachtet werden. Wir hätten aber auch die geläuterten und erkannten Gesichter der so belohnten Arbeiter sehen mögen, mit der Gratismuthigung, auch fernerhin so zu arbeiten, wie in vergangenen Zeiten. Und solches darf man einer Zeitung zusenden, um sich als Musterpatrone aufzustellen! Wir wollen hoffen, daß auch der dortigen Arbeiterschaft das Licht aufgehe.“

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

18. Gau. Vorort Bielefeld.
An Stelle des Kollegen Karl Schneider, der auf längere Zeit krank sein dürfte, ist der Kollege P. Feller gewählt worden. Alle Briefsendungen sind zu adressiren an dessen Adresse: Wittelndstr. 13 in Bielefeld; Selbstsendungen nach wie vor an P. Scheel, Siegfriedstr. 95.

19. Gau. Vorort Elberfeld.

Halbjahresbericht.
Wenn der jetzige Halbjahresbericht, welchen wir hiermit unseren Mitgliedern unterbreiten, den einen oder anderen Kollegen nicht befriedigen sollte, so wolle diese beachten, daß der Bericht nach Lage der Verhältnisse nicht besser ausfallen konnte. Im Uebrigen aber sollen unsere Berichte das zeigen, was sie sein sollen, nämlich ein genaues Spiegelbild der tatsächlichen Verhältnisse. Aus der Vergangenheit sollen wir lernen, und wenn dieser Grundsatz von allen Kollegen ehrlich und offen befolgt würde, so dürfte zweifellos auch dieser Bericht seinen Zweck erfüllen, zum Nutzen der Organisation. Jedem Kollegen, welcher einen ungetrübten Einblick von unseren jetzigen wirtschaftlichen Zuständen gewonnen und diese zu beurtheilen versteht, dürfte es schon lange klar geworden sein, daß auch der heutigen Geschäftskrisis die Entfaltung der Organisation nicht so vorwärts schreiten kann, als unter einer guten Geschäftslage. Immer sind es in erster Linie die Arbeiter...

welche die Folgen der Krise am meisten verspüren, indem die Unternehmer die Löhne zu kürzen suchen, was ihnen auch leider infolge der starken Nachfrage nach Arbeit und der noch nicht genügend verstärkten Organisation der Arbeiter sehr oft gelingt; oder sie entließen sich aller überflüssigen Arbeitskräfte, wovon die vielen Entlassungen unserer Kollegen, besonders in mittleren Städten, ein sehr bedauerliches Zeugnis ablegen. Daß dieser Ueberfluß an Arbeitskräften ungünstig auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anderer noch in Arbeit stehender Kollegen einwirkt, ist erklärlich. Bedauerlich aber ist es für die Organisation, wenn hierdurch unter Umständen das Bestehen ganzer Zahlstellen in Frage gestellt wird, wie das im hiesigen Gau mehrfach geschehen ist.

Nun ist klar, daß die so außer Arbeit gekommenen Verbandskollegen, besonders wenn sie den Wert der Organisation noch nicht voll erkannt haben, oder noch nicht unterstützungsberechtig sind, bei längerer Arbeitslosigkeit sehr leicht wieder für dieselbe verloren gehen. Letzteres soll nun, soweit es in der Macht der Organisation liegt, vermieden werden, und da bedarf es einer Unterlage, um ziemlich genau feststellen zu können, wo der Hebel zur Hilfe angelegt werden muß. Diese Unterlage glaubt der Gauvorstand in der Ausfüllung der halbjährlichen Situationsfragebogen seitens der Zahlstellen gefunden zu haben. Leider kann der Gauvorstand nun nicht allen Zahlstellenverwaltungen in Bezug auf prompte Ausfüllung und pünktliche Einbindung der Fragebogen ein Lob zollen, denn trotz wiederholten Ersuchens um Einbindung fehlt immer noch eine ganze Anzahl derselben.

Nach dem Ergebnis der eingegangenen Fragebogen vom vorigen Halbjahr wurden im Gau beschäftigt 14 871 Berufskollegen, nach dem jetzigen Ergebnis 15 448.

In allen zum Gau gehörigen Zahlstellen wurden 694 Mitglieder aufgenommen, zugereist sind 529, zusammen 1223. Abgereist sind 884, ausgetreten und ausgeschlossen sind 180, zusammen 1064. Das ist ein Zuwachs von 159 Mitgliedern.

Die Agitationsfähigkeit innerhalb der Zahlstellen läßt noch Manches zu wünschen übrig. Besteht doch nur in 5 Zahlstellen ein Werkstattdelegiertenystem. Von 6 weiteren Zahlstellen liegen Angaben vor, daß Werkstattbesprechungen abgehalten wurden; ob diese Agitation aber planmäßig und impulsiv betrieben wird, ist nicht genau erkennlich. Wenn auch zugegeben werden muß, daß in einer Anzahl besonders kleinerer Orte diese Agitationsmethode nicht durchführbar ist, weil es sehr oft an geeigneten Kollegen fehlt, welche sich dieser Aufgabe widmen können, aber in größeren Städten könnte mehr für die Organisation geleistet werden, wenn die große Mehrzahl der Mitglieder selbst mehr an der Agitation sich beteiligen würde, anstatt diese Arbeit immer nur einzelnen Kollegen aufzubürden.

Als erfreulich kann es bezeichnet werden, daß durchweg in sämtlichen Zahlstellen Einrichtungen getroffen wurden zur Entlastung der Beiträge und zur Zustellung der Zeitung, wenn auch in einigen Orten diesen Einrichtungen noch Mängel anhaften. Dem Bildungsbedürfnis der Mitglieder ist in fast allen Zahlstellen durch theils sehr reichhaltige Bibliotheken Rechnung getragen. Nur fünf Zahlstellen entbehren heute noch eine solche. Als ein großer Uebelstand muß bezeichnet werden die Vernachlässigung der Arbeitsnachweise. Im ganzen Gau giebt es nur neun Zahlstellen, die einen solchen haben; was ein Wunder, wenn die Kollegen am Orte und die Zugereisten umschauen gehen und wider ihren Willen durch ihr Arbeitsangebot die Arbeitsbedingungen verschlechtern helfen. Wir meinen, daß in Orten, wo gar kein anderer Arbeitsnachweis, weder ein städtischer noch ein solcher von Unternehmern besteht, doch mindestens einer von unserer Organisation gegründet werden sollte, damit uns ein Einfluß auf den Arbeitsmarkt zusteht.

Lohnbewegungen im größeren Stile fanden im Geschäftsjahr nicht statt. Zu einem Werkstättenstreik kam es in Düsseldorf bei der Firma „Rheinische Holzindustrie“ vormalig Westheider, derselbe endigte mit einem vollständigen Erfolg für die Kollegen. In Dortmund bei der Firma Schuster und Hönig führte die Rekrutierung der Akkordpreise zu einem Ausstand. Leider waren nur 2 von den 11 in den Ausstand getretenen Kollegen organisiert, ein Erfolg wurde nicht erzielt. Wegen der gleichen Ursache traten die Drechsler der Firma Jiles in Ratingen in einen Streik. Nach einmonatlicher Dauer mußte derselbe als beendet betrachtet werden, weil einige Kollegen durch ihr unkollegiales Verhalten einen Erfolg unmöglich machten. In Köln beschäftigten die Bürstenmacher in eine Lohnbewegung einzutreten, nahmen aber infolge der sich immer mehr bemerkbar machenden Geschäftskrise vorläufig davon Abstand. Zu weiteren Differenzen, welche jedoch zu keiner Arbeitsniederlegung führten, kam es in Herne infolge Einführung einer Arbeitsordnung bei der Firma Behoff; erzielt wurde nur ein theilweiser Erfolg. Ferner in Düsseldorf bei den Firmen Schöndorf, Gebr. Bauer und Werner, hier war der Erfolg, dank der guten Disziplin der Kollegen, ein zufrieden stellender. In der rheinisch-westfälischen Maschinenbauanstalt in Essen, führte die Maßregelung einiger Verbandskollegen (Modellschreiner) zu Differenzen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Depression nahmen die Kollegen, nachdem durch Vermittelung auf gutlichem Wege nichts zu erzielen war, von einem weiterem Vorgehen Abstand. Gleichfalls kam es in Bochum auf zwei Werkstätten, in Soest und Warne auf je einer Werkstätte zu Lohn Differenzen, ohne einen Erfolg für die Kollegen, weil Arbeitswillige die leer gewordenen Stellen besetzten. In Siegen suchten die Kollegen auf gutlichem Wege die 10stündige Arbeitszeit zu erstreben, was ihnen auch zum Theil schon gelungen ist.

Maßregelungen von Kollegen kamen vor in Düsseldorf, Ratingen, Warne, Ruhrort, Siegburg und Elberfeld. In letzterem Orte war es der wohlbekannte Finesenmann und große Summungsleuchte Jakob, der drei bei ihm beschäftigte Gesellen zur Strafe, daß sie den 1. Mai feierten, auch den 2. Mai feiern wollten. Da die drei Verbandsmitglieder aber nicht gegen ihren Willen und auf Kommando feiern wollten, zogen sie es vor, den Jakob'schen Werkstattstab von ihren Fäden zu schütteln. Zur Gründung von Zahlstellen kam es im verfloffenen Halbjahr nur in Mettenberg. Weitere Anknüpfungen und Versuche wurden gemacht in den Orten Vennepe, Wesel, Gummerich, Wülfrath, Lütgendortmund und Guskirchen, jedoch mit sehr negativem Erfolg. Von mehreren Orten wurden die Anregungen des Gauvorstandes ignoriert, in den anderen ließen die jeweiligen Verhältnisse es geboten erscheinen, vorläufig von Zahlstellengründungen Abstand zu nehmen. Eingegangen sind die Zahlstellen Warne und Castrup. Im letztem Orte sollte die Zahlstelle bei der Auflösung nur noch zwei Mitglieder. Die anderen hatten infolge des schlechten Geschäftsganges aus Orten, diesen verlassen müssen. Eine Verbandsversammlung abzuhalten,

um die dort beschäftigten Nichtorganisirten zu gewinnen, damit event. die Zahlstelle erhalten bliebe, scheiterte an der Nichtergabe eines Lokales seitens der Wirths. Die Auflösung der Zahlstelle Castrup ist auf die Geschäftskrise am Orte zurückzuführen. Die einzige große Firma geriet in Konkurs, anderen fehlten Aufträge, so daß sie ihr Arbeitspersonal verringerten, und die Folge war Abreise der Kollegen. Erhöht wurde das Bestehen der Zahlstelle auch dadurch, daß gar kein Lokal zu haben war, weil die Wirths die Scherereien der Polizeibehörde fürchteten.

Rassenrevisionen, Fertigkeiten und Ergänzungen der Quartalsabrechnungen machten sich seitens des Gauvorstandes nöthig in den Zahlstellen Warne, Duisburg, Köln, Bienen, Castrup, Hemscheid und Siegen. In Dortmund war eine Regelung in Geldangelegenheiten mit dem früheren Kassirer Kirchhof nöthwendig. Bei Streiks und anderen Lohn Differenzen mußte der Gauvorstand einen Vertreter entsenden nach Köln, Lütgendortmund, Herne je einmal, nach Düsseldorf und Ratingen je sechsmal. Behufs Prüfung von Unterstützungsanträgen, Untersuchung und Schlichtung von Streitigkeiten wurden folgende Zahlstellen vom Gauvorstand besucht: Bienen a. b. Ruhr, Wülfrath a. Rh. und Ratingen je zweimal. Zweck Gründung von Zahlstellen die Orte Wülfrath und Mettenberg. Behufs Rücksprache mit den Kollegen, betreffend die örtlichen Agitations- und Organisationsverhältnisse die Zahlstellen Gevelsberg, Siegburg, Bienen, Castrup und Neuf je zweimal, in Herne, um einer christlichen Holzarbeiterversammlung beizuwohnen. Versammlungen fanden durch Vermittelung des Gauvorstandes im verfloffenen Halbjahr 60 statt, darunter solche nur für Bürstenmacher in Barmen, Elberfeld, Schwein und M.-Glabach, sowie eine für die Modellschreiner in Barmen. Die Referentkosten wurden für 56 Versammlungen aus der Gaufasse bestritten, eine Zahlstelle deckte die Kosten für eine Versammlung selbst und drei Referate wurden gratis gehalten. Kollege Wrenns-Berlin sprach auf einer kurzen Tour in 16 Zahlstellen zur Zufriedenheit Aller. An Postsendungen gingen beim Gauvorstand ein 334, die Zahl der ausgegangenen Postsendungen betrug 596. Die von der Kreisfelder Konferenz beschlossenen Beträge an die Gaufasse, pro Mitglied und Quartal 10 M., leisteten nicht für das erste Quartal die Zahlstellen Aachen, Bonn, Oberhausen, Ratingen, Solingen und Wald. Für das zweite Quartal bezahlten bis zur Zeit die Zahlstellen Gaan, Herne, Ruhrort und Barmen. Außerdem leisteten noch besondere Beiträge Ehrenfeld M. 3,25, Wülfrath a. Rh. M. 20, Siegen M. 4,20 und Warne M. 3, in Summa M. 80,45. Die Zahlstelle Köln erachtete den Beschluß der Kreisfelder Konferenz für sich nicht verbindlich, indem sie anstatt 10 nur 5 M. pro Mitglied und Quartal an die Gaufasse abführte. Dagegen erhobene Reklamation war erfolglos. Die Orte Aachen, Bonn, Oberhausen und Ratingen erklärten, ihrer diesbezüglichen Verpflichtung im zweiten Quartal insgesamt nachkommen zu wollen. Die beiden Zahlstellen Solingen und Wald lehnen überhaupt jede Beitragsleistung ab. In nachstehender Abrechnung sind die Beträge von Barmen, zwei Quartale, und Herne für das zweite Quartal noch nicht mit verrechnet, weil zu spät eingelangt.

Die Abrechnung gestaltet sich wie folgt:

Einnahme.	
Rassenbestand vom vorigen Halbjahr	M. 244,01
Aus der Hauptkasse erhalten	1700,—
Beiträge von den Zahlstellen	281,90
Freiwillige Beiträge	30,45
Restbestand der Zahlstelle Düren	3,45
Sonstige Einnahmen	—,50
Summa	M. 2210,81
Ausgabe.	
Diäten und Fahrgeelder an Referenten	M. 588,20
für sonstige Reisen	283,45
Drucksachen und Inserate	92,25
Porto und Schreibmaterial	52,20
Gehalt an den Gauvorsteher	780,—
Bureau-einrichtung inkl. Miethe	293,60
Kosten für die Konferenz in Kreisfeld: Diäten und Fahrgeelder des Gauvorstandes, Fahrgeelder der Delegierten von Soest und Witten	52,60
Für Agitation an Kreisfelder Kollegen, von Kreisfeld aus betrieben	36,50
Summa	M. 2128,80

Bilanz.	
Einnahme	M. 2210,81
Ausgabe	2128,80
Verbleibt ein Rassenbestand von	M. 81,51

Vorstehende Abrechnung geprüft und für richtig befunden, bescheinigen die Revisoren der Zahlstelle Elberfeld:

Gustav Krumbach. Rudolf Voller. Wilhelm Schulz. Elberfeld, 4. Juli 1901.

Der Gauvorstand.

S. A.: Aug. Hartung, Schusterstr. 88a. NB. Die vorerst geplante kombinirte Sitzung der Zahlstellen des Ruhrreviers, entsprechend dem Antrag Warne, findet nicht statt, weil die meisten der in Betracht kommenden Zahlstellen sich keinen Vortheil davon versprechen und demzufolge sich gegen eine solche Sitzung erklärten.

Korrespondenzen.

Bunzlau. Der Streik der hiesigen Tischler ist nun offiziell beendet. Es haben 6 Meister den Größter Tarif und die 59stündige Arbeitszeit anerkannt und ist in diesen Werkstätten die Arbeit wieder aufgenommen worden. Nach siebenwöchentlichem Kampfe haben wir nun doch einen Erfolg zu verzeichnen. Sind wir auch auf die Akkordarbeit eingegangen, welche jedoch sehr wenig in Betracht kommen wird, so haben wir doch eine Arbeitszeitverkürzung und überhaupt geregelte Arbeitsverhältnisse geschaffen. Leider sind wir mit der Modellschleierei von Söher nicht einig geworden und müssen wir alle Hoffnungen aufgeben, was auch der Hauptvorstand durch sein Drängen zum Abschluß veranlaßt hat. Söher beschäftigte vor dem Streik drei Gesellen, will aber jetzt, nachdem er die 59stündige Arbeitszeit bewilligt hat, die beiden Älteren, wovon einer schon über 15 Jahre in der Werkstätte arbeitet, nicht mehr einstellen, und zwar aus ganz unhumanen Gründen. Söher äußerte u. A., daß es ihm lieb sei, daß es so gekommen, da ja der ältere Kollege alle Jahre ein paar Wochen an einer Krankheit zu leiden hat und er (Söher) wenigstens keine Rücksicht mehr darauf zu nehmen braucht. Ein zweites Geselle war Kon-

firbender der Lohnkommission, und gerade in diesem glaubt Söher den Sündenbock getroffen zu haben. Im Uebrigen hat Söher ja schon einsehen müssen, daß auch unorganisirte Gesellen unter diesen Verhältnissen lieber seine Werkstätte meiden. Die drei Kollegen werden anderswo untergebracht werden. Wir bitten, Zugang nach hier und besonders nach Söher's Werkstätte streng fern zu halten.

Darmstadt. (Kammacher.) Berichtigung. In dem Bericht in Nr. 27 von hier muß es auf Seite 4, 30. Zeile von oben heißen: Es giebt aber auch organisirte Kollegen, die ihr Werkzeug nicht während der Arbeitszeit schärfen, sondern dasselbe mit nach Hause nehmen und es da über Feierabend (wofür nichts bezahlt wird) in Ordnung bringen.

Timenau. Die hiesigen Kollegen haben unter der wirtschaftlichen Depression schwer zu leiden. Eine dieses Jahr geplante Lohnbewegung mußte aus diesem Grunde unterbleiben, resp. mußte der dahingehende Antrag zurückgestellt werden. Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Niedergang geht natürlich auch das brüskte Auftreten der hiesigen Meister. Einer ganzen Anzahl Kollegen mußte in kurzer Zeit Rechtschutz gewährt werden, theils wegen gegenwärtiger Entlassung, theils wegen Einbehaltung des sauer verdienten Lohnes. Daß sämtliche Klagen zu Gunsten der Kollegen ausfielen, beweist, daß selbige in ihrem Rechte waren. Auch jetzt ist wieder ein Fall vorgekommen, welcher die hiesigen organisirten Kollegen veranlaßte, eine Werkstätte zu sperren. Der Tischlermeister Triebel stellte einen zugereisteten Tischler ein und am Zahltag gab es keinen Lohn. Der Kollege hörte auf und ersuchte durch Vermittelung unseres Vorstehenden den Bürgermeister um Schlichtung der Angelegenheit. Den Vorschlag, nach drei Tage zu arbeiten, nahm der Kollege an, erhielt aber, nachdem er angefangen — von Triebel senior und Triebel junior — anstatt des Lohnes eine tüchtige Tracht Hiebe, so daß er blutend im Gesicht und um eine Erfahrung reicher die hiesige Stadt verließ. Wir haben bereits im hiesigen Parteiorgan, der „Tribüne“, das Verhalten dieses Dalleskrawlers, bei dem — nebenbei bemerkt — jeder Geselle den Lohn einlagern muß, gekennzeichnet, und auf Antrag wurde einstimmig dieses Elorado gesperrt. Was die Lohnverhältnisse in den übrigen Geschäften betrifft, so sind sie den theuren Miethe- und Waarenpreisen nicht in entferntesten anpassend. Stundenlöhne von 25, 27 und 28 M. werden, trotzdem beim 1898er Streik 30 M. errungen wurden, noch immer gezahlt. Auch die Organisationsverhältnisse sind minimal. Die Bautischler sind fast garnicht organisiert. Die Versammlungen werden sehr gering frequentirt. Mögen die hiesigen Kollegen, welche täglich den Kontrast zwischen Arbeit und Trägheit, zwischen Glend und Reichthum beobachten können, sich empor raffen, mögen sie erkennen, daß nicht nur dumpe Werkstattluft, sondern auch die von Hunderten Aktionären, Unternehmern und „erholungsbedürftigen“ Rentiers genossene Waldluft ihnen gehört.

Roda, S.-M. Bei der Firma G. Müller (Drechsler) in Roda haben sich die Zustände eingebürgert, die wir den zugereisteten und auswärtigen Kollegen zur Beachtung empfehlen, und zwar deshalb, weil Herr Müller in der ganzen Umgebung von Roda als ein sehr arbeiterfreundlicher Mann gilt, ja man faßelt sogar von einem verkappten Sozialdemokraten. Inwiefern das zutrifft, mögen die Kollegen aus nachstehender Schilderung über die Zustände bei Herrn G. Müller selbst entscheiden. Der Arbeitsraum läßt, sowohl in Bezug auf seine Bauart, als auch die für die Arbeiter gefahrlos ist, als auch in sanitärer Beziehung viel zu wünschen übrig. Ob der Herr Fabrikinspektor sich schon einmal um den Betrieb gekümmert hat, wissen wir nicht, keiner der gegenwärtigen Arbeiter hat ihn einmal zu Gesicht bekommen. Die Löhne entsprechen den hiesigen Lebensverhältnissen in keiner Weise. Müller zahlt einen Tagelohn von M. 2,25 für die Hilfsarbeiter und M. 2,50 für gelernte Drechsler. Im Akkord werden M. 16—18 verdient; hat nun ein Arbeiter einmal den Höchstlohn von M. 18 verdient und glaubt, daß wenn der Zahltag kommt, er Dies und Jenes für die Wirtschaft anschaffen könne, erfährt er zu seinem Erstaunen von Herrn Müller, daß es „heute nur Abschlag gäbe“. Abschlagszahlungen von M. 8—9 sind nichts Seltenes; die Arbeiter werden dann 3—4 Wochen verdröset und dann wird abgerechnet, oft dauert es noch länger. So kommt es öfter vor, daß die Arbeiter ein Guthaben von M. 70—80 haben, verlangt dann Einer sein Geld, heißt es: „Ich habe selber keines“, oder: „Wem's nicht paßt, der kann gehen“. Den Arbeitern des Herrn Müller wäre dringend anzurathen, gegen eine derartige Pumpwirtschaft anzukämpfen. Sie haben hier keine Rücksicht zu nehmen; Arbeitgeber, welche am Schluß der Woche den Arbeitslohn nicht voll auszahlen können, haben keine Erfindungsberechtigung als Arbeitgeber, mögen sie selbst in die Fabrik gehen und das „Fabrikherren spielen“ solchen Leuten überlassen, die ihre Arbeiter bezahlen können. Sollen die Mißstände hier beseitigt werden, so bedarf es einer guten Organisation. Leider sieht es damit recht traurig aus, sehr Viele sind indifferent und sehen zu, wie der Unternehmer mit ihrem Geld arbeitet. Bevor diese Gleichgültigen nicht in die Reihen ihrer kämpfenden Kollegen eintraten, werden bessere Zustände bei Herrn Müller kaum herbeigeführt werden können.

Würzburg. Wir fühlen uns veranlaßt, die Spalten unserer Zeitung wieder einmal in Anspruch zu nehmen, um unsere Würzburger Kollegen an ihre Pflichten zu erinnern. Der Versammlungsbesuch ließ in der letzten Zeit sehr viel zu wünschen übrig; eine zahlreiche Theilnahme und gegenseitige Aufklärung muß Platz greifen und die ruhige Zeit als Vorarbeit zum Kampfe ausgenutzt werden. Diejenigen Kollegen, die noch nicht im Besitz neuer Mitgliedsbücher sind und die acht Extramarke noch nicht bezahlt haben, werden hiermit aufgefordert, dieses bis zum 1. August noch nachzuholen, widrigenfalls wir sie ohne Rücksicht auf ihre sonstige Beitragsleistung von der Mitgliederliste, auf Grund unseres Versammlungsbeschlusses, streichen müßten. Hans Dörfer, Bevollm.

Eingekandt.

Ein Wort an die Kollegen Frankenhauens. Kollegen! In letzter Zeit macht sich eine Laune unter Euch bemerkbar, welche nicht dazu angethan ist, etwaigen Vorstößen der Fabrikanten Stand zu halten. Es ist kaum ein Jahr verfloßen, daß Ihr gelitten im Kampfe standet, um bessere Lebensbedingungen zu erringen, und habt in dem achtwöchigen heißen Kampfe gesehen, daß nur eine strenge Disziplin in der Organisation uns zum Ziele geführt hat. Warum jetzt diese Laune? Glaubt Ihr denn, es genügt, im offenen Kampfe zusammenzutreten, um nach errungenem Siege

ordentlich auszurufen? Nein, Kollegen! Wir müssen immer gerüstet sein, weil jeder kommende Tag neue Kämpfe bringt.

Darum, Kollegen, fülle Jeder in der Versammlung seinen Platz aus, dann wird es nicht nur der Verwaltung, sondern jedem Kollegen Freude machen, in die Versammlung zu gehen und wir werden wieder Hand in Hand arbeiten können.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Differenzen zwischen der Firma Hartung & Kroll in Langensalza und deren Tischler sind zur Zufriedenheit der Letzteren beigelegt und die Forderungen bewilligt worden.

Der Streit der Tischler bei der Firma Klemm in Wildbrunn ist zu Ungunsten der Kollegen beendet. Es hatten sich 31 Arbeitswillige gefunden, weshalb der Streit als aus schließlich aufgehoben werden mußte.

In der Ahmann'schen Spiegel- und Leistenfabrik in Burg bei Magdeburg sind abermals Differenzen ausgebrochen, indem ein Lohnabzug von 5 pZt. vorgekommen und bei Akkordarbeiten die Preise um 5-10 pZt. reduziert sind.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Bauanschläger

wird uns geschrieben: Am 4. Juli erstattete in einer Anschläger-versammlung der Bevollmächtigte Kollege Neumann Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Es sind seit dem am 25. Juni gefassten Beschlusse die Anschläger wieder für den Tarif eingetreten.

Die Waggonfabrik in Weimar sucht schon seit längerer Zeit in verschiedenen auswärtigen Tagesblättern, hauptsächlich in den großen Städten, eine ganze Anzahl von Tischlern und Stellmachern für gut lohnende Beschäftigung.

Auch die Ortsverwaltungen in den Zahlstellen möchten wir darauf aufmerksam machen, daß, wenn derartige Annoncen auf-tauchen, die Kollegen von den Verhältnissen etwa durch Ver-mittlung von Vorstehenden in den Lokalblättern aufmerksam zu machen.

Aus den Breisen der Holzbranche.

Die Fachzeitung hat anscheinend aus unserem Still-schreiben auf ihr althergebrachtes Gerüst in ihrer Nr. 3 resultiert, daß sie uns mancherlei geschlagen hat, und da sie nun zu ihrem großen Leidwesen hat erfahren müssen, daß wir noch leben, ist ihr der Schreck ganz und gar entgangen, daß es uns in letzter Zeit die Dation des verdienten Holz-löhners so garnicht um die Finanzlage der von diesem gegründeten Fachzeitung, sondern um den von ihrem Chef-redakteur angebl. als „gewerbspolitisch“ gepriesenen In-halt derselben zu thun war.

Einem Bericht des Vereins Berliner Tischlermeister

„Reform“ wörtlich: „In der allgemeinen Dis-kussion wurde die absolute Geistlosigkeit der „Fachzeitung“, deren Leiter Herr Brh ist, bedauert.“

Wir hatten in unserer Nummer 26 der angebl. „gewerbspolitischen“ Fachzeitung der verdienstlichen Grün-dung des Herrn Brh erwähnt und fügten wörtlich hinzu: „Darüber wollen wir garnicht streiten, ob das 3/4 Seiten Text und 12 Seiten Annoncen umfassende Blatt diese Bezeichnung verdient oder nicht, aber das ist ziemlich sicher, daß nämlich die „Fachzeitung“ für die Ber-liner Tischlermeister nicht den mindesten Werth hat.“

Aus dieser Neuherung hat die „geniale“ Redaktion der „Fachzeitung“ herausgelesen, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ neidisch ist auf die 12 Seiten Inserate. Da schon in Nr. 3 der „Fachzeitung“ von der Regierung menschlichen Meibes die Rede war, welche die „im Annoncentheil so schwachbrüstige „Holzarbeiter-Zeitung“ ob der großen Erfolge der „Fachzeitung“ auf diesem Ge-biete beschließen haben soll, so müssen wir, wenn auch gegen unsere Gewohnheit, der „Fachzeitung“ doch einmal den Mund nach unseren Ueberstößen wässrig machen.

Wenn das wahr ist, dann allerdings kann sich die „gewerbspolitische“ „Fachzeitung“ den Generalanziegern würdig an die Seite stellen; wir erbiten uns, damit sie noch beliebter, gebiegener und gelesen wird, alle die Inseraten-aufträge, welche uns zugehen, und die wir zurückweisen, weil wir die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht zu dem Genre der „Fachzeitung“ herabwürdigen wollen, ihr freundlichst zuzuwenden.

Das Kontrollbuch in Berlin. Der Vorstand der Berliner Tischlerinnung erläßt in der „Fachzeitung“ folgende Bekanntmachung:

Das Kontrollbuch nach wie vor. Um Miß-verständnissen vorzubeugen, erklären wir hiermit, daß das Kontrollbuch selbst durch die Entscheidung des Ober-präsidenten in keiner Weise berührt wird. Dasselbe wird nach wie vor geführt und besteht vollständig zu Recht. Arbeiter, welche die Unterschrift verweigern, werden nicht eingestellt. Der Oberpräsident bestreitet nicht etwa die Rechtsgültigkeit der vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts festgesetzten Arbeitsbestimmungen, er ist vielmehr der Ansicht, daß diese Bestimmungen, sofern sie in das Statut aufgenommen werden, von jedem einzelnen Mitglied wie jede andere statutarische Bestimmung be-folgt und durch Ordnungsstrafen erzwingen werden können. So lange jedoch das nicht der Fall sei, könne der Vorstand widerspenstige Mitglieder nicht bestrafen. Wir wiederholen deshalb nochmals: 1. Das Kontrollbuch ist rechtsgültig. 2. Das Kontrollbuch muß von jedem Kollegen im eigenen Interesse fortgeführt werden. 3. Es wird kein Geselle eingestellt, sofern er die Unterschrift verweigert. 4. Die Entscheidung der Gewerbe-Deputation, soweit die-selbe das Kontrollbuch betrifft, ist jetzt hinfällig.“

Diese Bekanntmachung, welche wir kurz vor Redaktions-schluss zu Gesicht bekommen, deckt sich mit unseren Aus-sührungen im Leitartikel dieser Nummer insoweit, als nach der Entscheidung des Oberpräsidenten es lediglich einer statutarischen Aenderung bedarf, um auch das letzte wider-spenstige Innungsmitglied zur Einführung des Kontrol-lbuches zu zwingen. Ob aber damit Ruhe in die Reihen der Tischlermeister gebracht werden wird, das ist eine andere Frage.

„Ehronung für die faulen Lohnzahler im Tischler-gewerbe Berlins.“ So hätte die „Fachzeitung“ die folgende Notiz in ihrer letzten Nummer überschreiben sollen:

Die Kontraktbrüche werden fortan von uns ohne Nennung der Namen der Tischlermeister, in deren Be-trieben sie erfolgt sind, veröffentlicht werden. Auch wird nach jedem Quartal und zwar schon in der nächsten Nummer eine, sämtliche Kontraktbrüchige der vergan-genen drei Monate zusammenfassende Liste zum Zwecke des übersichtlichen Gebrauchs für unsere Arbeitgeber in der „Fachzeitung“ erscheinen.

Das heißt doch wirklich nichts Anderes als zu ver-hindern, daß der Vorstand der Berliner Holzarbeiter so leicht in den Besitz der Namen und Adressen derjenigen Tischlermeister kommt, bei denen die Gesellen wegen Zah-lung von Schuldpreisen für Akkordarbeit usw. die Arbeit liegen lassen. Dem Vorstand der Berliner Tischlerinnung dürfte die Maßregel bereits bekannt sein, welche die Holz-arbeiter Berlins gegen die faulen Lohnzahler anzuwenden beschließen haben. Es dürfte ihnen aus der Vergangenheit auch bekannt sein, daß Beschlüsse mit aller Energie und Pünktigkeit durchgeführt werden, und daher die Vertheilung der Namen jener faulen Zahler den Vorstand der Berliner Holzarbeiter an der Durchführung der beschlossenen Maß-nahme nicht im Mindesten hindern wird. Das merkt Euch, Ihr Schläuberger der Innung und „Fachzeitung“! Wenn Ihr

es nicht anders wollt, dann mag die Lösung sein: Haßt Du meinen Juden, hau ich Deinen Juden; die Berliner Holz-arbeiter werden schon mit Euch fertig werden.

Die Musikinstrumenten-Industrie Gera, heißt es im Jahresberichte der dortigen Handelskammer, kann auf ein mittelmäßiges Geschäftsjahr zurückblicken. Bis Mitte des Jahres war das Geschäft lebhaft, dann aber verflaute es infolge der geringeren Kaufkraft Englands und Ruß-lands. Daß das neue Jahrhundert eine wesentliche Besse- rung bringen wird, ist kaum zu hoffen. So lange nicht der südafrikanische Krieg beendet ist, die südafrikanischen Märkte sich bessern und so lange Rußland und England nicht kauf-träftiger werden, sind die Aussichten für die Musikinstru-menten-Industrie sehr trüb und ernst. Das Geschäft in Tonhol-z ist besonders unter den Folgen des südafrikanischen Krieges, indem der Hauptexportplatz für deutsche Klaviere noch immer England ist und ein flauer Geschäftszug in Eng-land gerade in dieser Branche in Deutschland sofort fühlbar wird. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß kapitalschwache Händler in Tonholz im Westreben, ihre Lager zu lichten, zu unerhört billigen Preisen Absatz suchten und den schwer erreichbaren Artikel geradezu entwertheten. Eine Besserung im Absatz und in den Preisen wird erst nach Beendigung des afrikanischen und chinesischen Krieges erwartet.

Eine Korbmacher-Konferenz in beschränktem Umfange tagte auf Einberufung seitens unseres Verbandsvorstandes am 4. Juli Nachmittags im Gewerkschaftshaus in Berlin. An derselben nahmen Theil die Kollegen Schwedler, Leichert und Belz von Berlin, Wähe von Hamburg und Lehmann von Mühlberg, sowie der Verbandsvorsitzende Leipart aus Stuttgart. Zur Berathung stand die Bearbeitung und spätere Verwertung der kürzlich ausgenommenen Korbmacherstatistik, und hatten die Verhandlungen hauptsächlich den Zweck, den Vertreter des Vor-standes über die speziellen Berufsverhältnisse der Korbmacher in den verschiedenen Spezialbranchen zu informieren, sowie eine möglichst nutzbringende Verwertung des gewonnenen statistischen Materials zu erzielen.

Die Korbmacherrfirma Wilschack & Handmann in Tiberach a. Rh. sucht überall Korbmacher, obgleich sie gar-nicht mehr als gegenwärtig beschäftigen kann, nämlich 10 Ge-sellen und 5 Lehrlinge. Die Firma hat aber eine neue Fabrik gebaut, in welche der Einzug jedenfalls nächsten Monat ge-schehen soll; da liegt nun die Vermuthung nahe, daß sie nach billigeren Arbeitskräften auslugt; dieser Zweck wird um so eher erreicht werden, je mehr Arbeitskräfte sich der Firma anbieten. Da die Firmeninhaber schon jetzt immer von „flaurem Geschäftszug“ munkeln gegenüber den organisierten Gesellen, ist sehr wohl anzunehmen, daß, wenn der Einzug in das neue Fabrik-gebäude vollzogen ist, ihm eine Lohnreduzierung folgen wird. Möglicherweise werden die Verbandsmitglieder dann die Ersten sein, welche bei großem Angebot fliegen müssen, da sie sich gegen eine Lohnreduzierung sträuben werden. Die Kollegen werden daher gebeten, vorsichtig zu sein. (Vorsicht ist zwar die Mutter der Borzellankiste, aber man soll auch nicht den Teufel an die Wand malen. Die Red.)

Unternehmerproben haben wie drüben. Die Holz-arbeiter-Gewerkschaft in Davos (Schweiz) war bei einem Bau-meister Barattelli vorstellig, ob er nicht auch, wie die Firma Isler & Caprez, für seine sämtlichen Arbeiter die zehntägige Arbeitszeit einführen wolle. Barattelli antwortete: „Ich bezahle meinen Leuten Stundenlohn, es können dieselben also arbeiten, so lange sie wollen, und ich bezahle, wie ich will. Die Ge-schäfte Isler & Caprez gehen mich nichts an, sie können machen, wie sie wollen, ich aber mache, wie ich will; nun macht, daß Ihr mir fort kommt, sonst giebt's Ohrfeigen.“

Gewerkschaftliches.

Annahmendes Wohlwollen. Wir haben schon ver-schiedentlich Gelegenheit genommen, den national-sozialen Welt-politikern, sofern sie sich in unsere gewerkschaftlichen Angelegen-heiten mischten und sich vermaßen, uns in solchen Dingen Vor-schriften zu machen, tüchtig Eins auf die Finger zu klopfen. Das war auch der Fall, als die „Hilfe“ vor einigen Wochen uns eine Stellungnahme zu einem unerquicklichen Vorfall inner-halb der Leipziger Buchdruckerbewegung unterstob, die auf Konto der „Metallarbeiterzeitung“ zu setzen war. Wir bezeich-neten diese Art, gewerkschaftliche Fragen zu erheben, als charakteristisch dafür, „wie strapellos unsere nationalsozialen Gerne-große bei ihren gewerkschaftlichen Spaziergängen verfahren“. Die „Hilfe“ hat nun keineswegs Veranlassung genommen, in ihrer folgenden Nummer ihren Irrthum — sowie es journalistischer Brauch ist — an angemessener Stelle richtig zu stellen und ihre daran geknüpften Schlussfolgerungen als gegenstandslos zu er-klären — wie wenn wir ihres Gleichen wären, thut sie uns ob unserer Bemerkung über ihr „Versehen“ im Briefkasten ab und leistet sich dabei auch noch einen ziemlich anmaßenden Müffel an unsere Adresse. Wir müssen gestehen, daß wir uns bis jetzt noch nicht auf jene Höhe nationalsozialer Auffassung empor gearbeitet haben, die uns befähigt, diese journalistische Leistung der „Hilfe“ genügend würdigen zu können, weshalb uns auch der Genuß versagt bleibt, den wir sonst empfinden würden angesichts der Thatsache, daß wir im vertrauesten tête à tête mit den Machern dieser Zeitung und in einem Athemzug mit allen möglichen „Hilfe“-freunden vom Briefkastenmonat abgepeißt werden. Im Uebrigen bewundern wir die Selbstverleugnung, mit der die „Hilfe“ immer noch unsere jederzeit rücksichtslose Kritik überwand, um sich dann über zu zarte Behandlung von unserer Seite zu beklagen.

Wir haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um ihr anzudeuten, daß sie sich in weiter Entfernung von uns zu halten habe, weil wir jedes Wohlwollen hoffen, am allermeisten aber dann, wenn es in so anmaßender Weise sich uns auf-bringt, wie bei den „Hilfe“-freunden.

Die Glasarbeiter der Hebe'schen Glasfabrik in Gerresheim haben in einer außerordentlich stark besuchten Generalversammlung beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. Es wurde in dem am 1. Juli abgehaltenen Generalstreik betont, daß den Kampf der Mienburg-Schauensteiner Glasarbeiter gegen den brutalen Terrorismus der Glasmillionäre jeder Glasarbeiter unterstützen müsse, und da kein anderes Mittel mehr zur Verfügung stehe, müsse auf sämtlichen deutschen Glashütten der Generalstreik proklamiert werden. Zur gleichen Zeit wurden auch in diesen Glashütten über den Generalstreik abgestimmt. Von dem Gesamtergebnis hänge ab, ob in den Streik eingetreten werde.

Gegen die Aufnahme der Streik Klausel in die Bauverträge wendet sich das Gewerkschaftskartell in Blauen deshalb, weil vom Magistrat ein Gesuch der Bauunternehmervereinigungen, eine solche Klausel einführen, nicht einfach abgelehnt, sondern dem Verwaltungsausschuß zur Beratung und Begutachtung überwiesen wurde. In der Petition des Kartells an den Stadtrath heißt es:

„Wird der Antrag auf Aufnahme der Streik Klausel in Bauverträge vom Stadtrath angenommen, dann bedeutet das eine Beschränkung der Rechte, denn auch der berechtigteste Streik muß wirkungslos werden, wenn die berücksichtigte Streik Klausel in den Verträgen Aufnahme findet. Die Unterzeichneten können nicht annehmen, daß sich der Stadtrath mit der Annahme der Bauarbeitgeber-Petition selbst die Hände bindet und die Arbeiter, die ja auch Steuerzahler sind, rechtlos machen will, weil ein mächtiger Arbeitgeberbund dies wünscht. Es würde damit der Terrorismus der Arbeitgeber sanktioniert; der Stadtrath muß aber doch dahin streben, daß auf städtischen und öffentlichen Bauten Zustände bestehen, unter denen auch die Arbeiter ihr Recht und ihre Rechnung finden. Sprechen so einestheils die Interessen Tausender von Arbeitern gegen die Streik Klausel, so dürfte andererseits der Stadtrath keine Ursache haben, sich den Herren Bauarbeitgebern gegenüber unnötig zu verpflichten. Das unterzeichnete beauftragte Gewerkschaftskartell beantragt deshalb, der Stadtrath zu Blauen möge die Petition der Bauarbeitgeber ablehnen.“

Offentlich ist der Stadtrath zu Blauen i. B. diesen Gründen zugänglich.

Was die Unternehmer unter einem „freien“ Arbeitsvertrag verstehen. In Freiburg i. S. legen die Bauunternehmer ihren Arbeitern einen Vertrag vor, der in § 1 lautet: Das Arbeitsverhältnis kann jederzeit, also ohne vorherige Kündigung, gelöst werden und wird ausdrücklich vereinbart, daß § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von der Entlohnung bei unverschuldetem Arbeitsbehinderung handelt, auf gegenwärtiges Arbeitsverhältnis keine Anwendung findet.

Es ist ja bekannt, daß leider der § 616 durch Privatvertrag ausgeschlossen werden kann. Immerhin ist aber selbst von einem königl. preussischen Gewerberath darauf hingewiesen worden, daß es zweifellos gegen § 138 des B. G. (Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig) verstoße, wenn der Arbeitgeber unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse den Arbeiter zwingt, auf die Vortheile, die ihm der Gesetzgeber hat zumenden wollen, zu verzichten. Aber was kümmert die Freiburger Baumeister die Absicht und der Wille der Gesetzgeber. Sie kennen nur ein Gesetz, das für sie gilt und das heißt: Heilig ist der Profit.

Auch § 3 des famosen Arbeitsvertrages zeigt so recht, wie die Herren über den freien Arbeitsvertrag, der doch nach § 105 der G.-O. für das Arbeitsverhältnis in Deutschland maßgebend sein soll, denken. Da heißt es:

Die Dauer der jeweiligen Arbeitszeit und den hierfür zu zahlenden Stundenlohn setzt der Meister oder dessen Stellvertreter fest; die Einmischung Dritter bleibt ausdrücklich ausgeschlossen.

Also keine Einmischung Dritter, die etwaige Differenzen zwischen beiden Parteien schlichten wollen. Der Unternehmer ist Herr, der Arbeiter Sklave. Ersterer befiehlt und letzterer hat zu arbeiten und nicht zu museln.

Trotz der Bestimmung, daß der Arbeitgeber den Lohn festsetzt, ist auf der Rückseite im § 3 zu lesen: Der Arbeitslohn beruht auf Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das ist aber nichts weiter als eine Täuschung der Arbeiter; denn sie müssen eben ihre Unterschrift auf die Seite setzen, auf der nicht diese, sondern die erstere Bestimmung steht; es würde sich bei Streitfällen wohl kaum Jemand auf die Bestimmung auf der Rückseite berufen können.

Wärdem die Arbeiterorganisationen besser ausgebaut sein, wären solche Chikanen unmöglich; aber die Unternehmer machen sich die Uneinigkeit und Unsolidarität der Arbeiter zu Nutze, umso mehr, als der wirtschaftliche Geschäftsniedergang den Arbeitern Hände und Füße bindet.

Welchen Werth haben ehrenwortliche Versicherungen der Unternehmer? Wie schon früher mitgeteilt, befanden sich die Arbeiter der Harburger Gummi-Fabrik mehrere Wochen im Streik. In den Einigungsbedingungen war gesagt worden, daß keinerlei Druck auf Die, welche sich wieder zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten, ausgeübt werden solle. Die Bedingungen sind aber in der schönsten Weise durchbrochen. Die Fabrikanten verlangen nicht nur von den sich zum Eintritt Meldenden, daß sie aus der Gewerkschaft und Partei austreten, sondern sie haben noch vier Tage nach dem Abschluß des Streiks auswärts Arbeiterinnen anwerben lassen. Dieses Verhalten widerspricht offenbar den Einigungsbedingungen, nach denen sich die Fabrikleitung verpflichtet, die in der Fabrik beschäftigt gewesen Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit wieder einzustellen. — Dieser Passus kann gar nicht anders ausgelegt werden, als daß fremde Arbeiter nicht eher eingestellt werden, als bis die Ausständigen, so weit es die derzeitigen Betriebsverhältnisse gestatten, wieder in Arbeit getreten sind. Was wäre das auch für ein Friedensschluß, wenn eine der kämpfenden Parteien noch nach dem Zustandekommen der Einigung von der anderen Partei rücksichtslos verfolgt werden dürfte?

In letzter Woche wurde nun auch noch verlangt, daß die Arbeiter aus dem Radfahrerverein auszutreten hätten, wenn sie arbeiten wollen. — Ein ähnlicher Vorgang,

der beweist, daß die Unternehmer sich den Teufel um Abmachungen vor Einigungsämtern oder um solche, die vor einer anderen Behörde getroffen wurden, kümmern, passierte zu Anfang des vorigen Monats in Schwerin. Der Bauarbeiterstreik wurde durch Vermittelung des Magistrats beigelegt und bestimmt, daß bei der Einstellung zunächst die am Streik theilhaftig gewesenen Arbeitslosen berücksichtigt und keine Maßregelungen vorgenommen werden dürfen. Nichtsdestoweniger sind Gesellen von außerhalb eingestellt und gerade die, welche dem Streik beitrugen und noch arbeitslos sind, blieben unberücksichtigt. Darin erblickten die Theilhaftigen eine Maßregelung ihrer Führer und wandten sich in einem längeren Schreiben an die Jnnung mit dem Ersuchen, den Abmachungen vor dem Magistrat gemäß erst dann auswärtige Arbeiter einzustellen, wenn die am Orte anfassigen sämmtlich in Stellung sind.

Darauf ging von der Innung ein Schreiben ein, worin es heißt, daß die Vereinbarung so aufzufassen sei, daß kein Meister verpflichtet sein solle, alle vor dem Streik beschäftigt gewesen Gesellen wieder einzustellen. Mit solchen Winkelzügen kann man sich jeder Verpflichtung entziehen, und die Unternehmer haben es jederzeit in der Hand, trotz ehrenwortlicher Erklärung und trotz gegenseitigen, vor Behörden abgeschlossenen Verträge die Streikführer und sonstige mißliebige Personen auszuhungern. Die Fälle mahnen zur äußersten Vorsicht und beweisen, daß den Unternehmern mit wenigen Ausnahmen nicht über den Weg zu trauen ist. Das neue Gewerbevertragsgesetz, welches angenommen und am 1. Januar 1902 in Kraft tritt, dürfte in diesem Punkte vielleicht einige Besserung bringen.

Der Minimallohn von einer Arbeitgeberorganisation anerkannt. Eine Petition seitens des Dresdener Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe an das sächsische Finanzministerium verlangt, in Uebereinstimmung mit den bisher bekämpften Forderungen der Arbeiter, Mindestlöhne bei Ausführung von Staatsbauten. Der Verband ersucht, wie wir dem „Arbeitsmarkt“ entnehmen, das Ministerium, bei den nächsten Bauverdingungen in die Verträge zunächst versuchsweise eine Lohnklausel aufzunehmen, durch welche der Unternehmer verpflichtet wird, einen bestimmten Lohn zu zahlen. „Für die Ausführung dieses Vorschlages dürfte es sich empfehlen, in der Weise zu verfahren, daß zunächst der Lohn für Maurer, Zimmerer und Bauhandwerker festgelegt wird, welchen der betreffende Unternehmer mindestens zu zahlen hat. Mit der Festsetzung kann, will man nicht ohne Weiteres die vom Arbeitgeberverband festgestellten Löhne annehmen, der Gewerberichter beauftragt werden, dem das unter Zuziehung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern aus den betreffenden Berufskreisen keine großen Schwierigkeiten machen wird.“ Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hofft, daß durch eine solche Klausel, wie das auch die Erfahrung in anderen Ländern bestätigt hat, die Schleuderkonkurrenz in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges in hohem Grade verringert würde. Er hofft auch auf eine Abnahme der Lohndifferenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wenn der „mindestens“ zu zahlende Lohn so hoch ist, wie er von den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen als allgemeines üblicher Lohn am Orte festgesetzt ist, dann werden sich die Hoffnungen des Arbeitgeberverbandes erfüllen, anderenfalls natürlich nicht, und Streiks um einen höheren als den von dem Arbeitgeberverband festgesetzten Minimallohn wird es nach wie vor geben. Immerhin ist schon die Anerkennung eines solchen ein solch großer Fortschritt, daß wir seine Registrierung an dieser Stelle für werth genug halten.

Wie es mit dem Frieden in den Girsch-Dunder'schen Gewerbevereinen aussieht, das zeigt eine Briefkastennotiz im „Regulator“, dem Gewerbevereinsorgan der Maschinenbauer. Sie lautet:

Mehrere Mitglieder am Rhein. Ihre Anfrage ist wie folgt zu beantworten: Personen, die aus dem Gewerbeverein ausgeschlossen sind, dürfen weder die Versammlungen der Ortsvereine besuchen, noch Vorträge halten. Sollen derartige Leute sich dennoch aufdrängen, so hat der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter sie aufzufordern, das Lokal zu verlassen. Wird einer solchen dreimaligen Aufforderung nicht Folge geleistet, so ist die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen und außerdem Anzeige wegen Hausfriedensbruchs zu erstatten.

Der „Gewerbevereinsbote“, das Organ der Opposition, welcher 69 Vereine im Rheinlande angehören, und welche in Düsseldorf ein Arbeitersekretariat errichtet haben, schreibt zu dieser Briefkastennotiz Folgendes:

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die Redaktion des „Regulators“ eine solche Anfrage überhaupt nicht erhalten hat; das zeigt die Art und Weise, wie sie veröffentlicht worden ist. Man konnte derartige Sachen nicht gut unter „Ämliche Bekanntmachungen“ bringen. Glücklicher Weise löst sich im Rheinland und in Westfalen der einschüchternde Theil der Genossen nicht an derartigen lieblichen Rathschlägen und besonders macht sich Quiskenberg (der Düsseldorf'scher Arbeitersekretär. D. V.), der ja mit den ausgeschlossenen Personen gemeint ist, auch nicht einen Pfifferling aus der Wuth der Berliner. Er drängt sich den Ortsvereinen nicht auf mit Vorträgen, aber wenn er gerufen wird — und bis jetzt ist er noch stets gerufen worden — dann kommt er, und löst sich nicht daran, ob in Berlin einige alte Herren vor Wuth plagen und ihr Gift und ihre Galle auf solch kleinliche Art und Weise gegen ihn verprühen.

Außerdem wird in der nämlichen Nummer dem Dr. Max Girsch vorgeworfen, daß er bei der Rebersdebatte hinter den Kulissen gearbeitet habe. Die Mehrheit der Delegirten sei für Abschaffung des Reberses gewesen, aber da habe sich Max Girsch und die Berliner Führer an die nicht recht satte Delegation gemacht, und dadurch sei gegen den Willen der Majorität der Mitglieder der Rebers erhalten geblieben. Einem solchen Kuhhandel von Oben müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Mit dem „Gewerbevereinsboten“ hat sich nun der Generalrath in einer Sitzung beschäftigt und sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß anständigen Arbeiter, welche sogar dem Gewerbeverein angehören, solch ein Preßprodukt durch Abonnement unterstützen und damit der eigenen Sache den schwersten Schaden zufügen.

Alle diese Lamentationen werden keinen Erfolg haben, denn der Opposition schließen sich immer mehr Ortsvereine an. Mit der Diktatur des Dr. Max Girsch ist es vorbei.

Der moralische Einfluß einer Gewerkschaftsorganisation von einem italienischen Minister anerkannt. In Verra (Stalien) befinden sich die Landarbeiter im Streik. Es kam zum Blutergießen, was den sozialistischen Abgeordneten Bissolati veranlaßte, den Minister des Inneren zu interpelliren. Dieser behauptete, es sei nicht die Schuld der Regierung gewesen, wenn es zum Blutergießen kam; „wären die Landarbeiter der Gegend von Ferrara organisiert gewesen, wie beispielsweise die Arbeiter von Mantua, so hätte der Streik sicher einen friedlichen Verlauf genommen.“

So wahr dies auch sein mag, hatte doch der Minister noch lange keinen Anlaß, das brutale Vorgehen der Gendarmen mit dem Nichtorganisirtsein der Landarbeiter zu entschuldigen. Um so weniger durfte er die Niederstichung von Arbeitern beschönigen, als er ausdrücklich zugab, daß die Ursache des Ausstandes in den niedrigen Löhnen, welche die Bonifikationsgesellschaft zahlte, zu suchen sei. Aber hier wie dort versichert man mit heuchlerischer Miene, daß Niemand das Koalitionsrecht der Arbeiter antasten wolle, und doch wird, wenn zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Gebrauch von ihm gemacht wird, oft in der brutalsten Weise dem Unternehmerprofit zu Liebe mit dem Säbel dreingehauen, anstatt auch einmal den ganzen Einfluß der Regierung gegenüber den Arbeiterausbeutern geltend zu machen.

20 000 Arbeiter der Amerikanischen Stahlblech-Gesellschaft in Pittsburg beabsichtigen in den Ausstand zu treten, ihnen werden sich, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden, sämtliche Stahlblecharbeiter des Kontinents, zirka 200 000, anschließen.

Literarisches.

Von „Zur guten Stunde“, Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin, erschien Heft 28. Dasselbe ist wie seine Vorgänger reich illustriert. Als Kunstbeilagen sind dem Heft, das 40 S. kostet, beigegeben: „Ein Liebesdienst“ und „Klittenberg's wunderbare Ansichten der alten holländischen Stadt Leyden.“

Von der illustr. Romanbibliothek „In freien Stunden“ liegt der erste Halbjahresband 1901 vor. Der 416 Seiten starke Band kostet nur M. 3,50, in Halbfranz M. 4; ein gutes und billiges Geschenk für Arbeiter.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement. Der neue Halbjahrgang bringt den ergreifenden Roman „Islandfischer“, dann den 2. Band von Dombey und Sohn und daneben köstliche Szenen und Schilderungen voll Humor.

Wir können unseren Lesern diese Romanbibliothek aufrichtig empfehlen. Die 10 4-Wochenhefte „In freien Stunden“ liefert jede Buchhandlung und jeder Kolporteur.

Briefkasten.

Galle i. W., S. R. Gewiß darf derselbe Mitglied des Gesellenausschusses sein, vorausgesetzt, daß er in der zur Wahl der Gesellenausschussmitglieder festgesetzten Versammlung von den Gesellen gewählt worden ist. Auch die Hinzuziehung zum Prüfungsausschuß ist zulässig.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 3 in Hamburg.)

Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachungen der Eisenbahndirektionen, nach welchen jetzt die Rückfahrkarten eine Gültigkeitsdauer von 45 Tagen haben, giebt der unterzeichnete Vorstand hiermit bekannt, daß die Abgeborenen zur Generalversammlung in Frankfurt a. M. sich der Rückfahrkarten dritter Wagenklasse zu bedienen haben, bezw. daß die Fahrgebelde nach dem Rückfahrkarten-Tarif berechnet werden.

Wenn feither an Fahrgebelde für die 3. Wagenklasse der Preis für die einzelne Fahrt hin und zurück bezahlt wurde, so mußte dies nur deswegen geschehen, weil die Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten nicht so lang, als die Dauer der Generalversammlung war. Die so berechneten Fahrgebelde werden jetzt an die Bevollmächtigten zur Einhandlung an die Abgeordneten überfandt. Der Vorstand. S. A.: G. Blume.

Invalidenfonds.

Für den Invalidenfonds gingen seit letzter Quittung in Nr. 6 d. Btg. folgende Beträge ein: Berlin H. M. 188,45, Berlin E. 96,25 (darunter von G. M. 5), Berlin C. 100, Berlin F. 135,55, Berlin B. 19,10, Dresden 102,80 (Festüberschuß), Berlin A. 50, Berlin D. 80, Ralf. 83,25, Leipzig II. 20, Ruppurr 10,60, Köln II. 12,80, Köln I. 11,32, Erfurt 14,86, Breslau 7,75, Alte Neustadt 10, Silbersgehofen 9,45, Heidingfeld, Färth, Ravensburg je 5, Wangen 3,15, Mülheim a. Rh. 2,40, Erlangen, Altenburg je 2, Cannstatt, Urach je 1,50. Summa M. 929,73. Hierzu Kassenbestand laut voriger Quittung M. 2984,49, macht zusammen M. 3914,22.

Unterstützung erhielten: Ein invalides Mitglied M. 30,05, 6 Mitglieder je 25, 8 Mitglieder je 20, 1 Mitglied 7,15; an Porto für Geldsendungen und Korrespondenz M. 2,70, macht Gesamtumschlag M. 349,90. Es verbleibt ein Kassenbestand von M. 3564,32. Allen Gebern im Namen der Unterstützten besten Dank. S. Jacobs, Hauptkassirer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.)

Vom 1. Juni bis 9. Juli sandten Ueberschüsse ein: Leipzig M. 150, Ochshausen 50, Essen 70, Hamburg 130, Lübeck 100, Freiburg 50, Bingen 100, Braunschweig 100.

Zufuß erhielt: Berlin C. M. 200, Berlin B. 300, Hannover 200, Breslau 200, Hamburg 100, Magdeburg 100, Crossen 75, Altenburg 50, Burg 30.

Julius Wasmann, Oberstr. 94g, 1. Et.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Altona. Am Dienstag, den 16. Juli, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Christensen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Sind die Zustände in unserem Verkehrslokal darnach angehen, daß die Nothwendigkeit vorliegt, das Verkehrslokal zu verlegen? 3. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. Die Mitglieder werden ersucht, wegen der Wichtigkeit des zweiten Punktes der Tagesordnung, sämmtlich in der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Drauschwitz. Sonnabend, den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

Cotta-Dresden. Sonnabend, 20. Juni, öffentliche Holzarbeiter-Versammlung in „Stadt Dresden“.

Emden. Donnerstag, 18. Juli, b. Menthe. **Hamburg.** Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokale der Wwe. v. Salzen, Caffamacherreihe. L.-D.: 1. Der Arbeitsvertrag. Referent: Kollege S. Bütt. 2. Wie stellen sich die Drechsler zu dem Antrag der Verwaltung, „Errichtung einer Krankenkasse“? 3. Berichterstattung über Angelegenheiten und Verschiedenes.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Aufforderung.

Der Tischler S. Munk, Buch-Nr. 56 005, wird ersucht, uns seine Adresse mitzutheilen in der Sache Wille und ihm. Die Kollegen aus Ortsverwaltungen, die den Aufenthalt des Kollegen wissen, werden um Mittheilung gebeten. Die Ortsverwaltung Magdeburg. Bülh. Peters, Schulbrücke 11.

W. Wahlenmeier, Drechsler, sende Deine Adresse **M. Weyl, Hamburg,** Geibelstr. 12, 1. St.

Die Kollegen u. Ortsverwalt. werden ersucht, von dem schon längere Zeit abwesenden **Peter Köhler,** Rammacher aus Erlangen, 67 J., der Unterzeichneten Nachricht zu geben. **Frau Klara Köhler,** Erlangen i. B., Hauptstr. 73.

Ein seit 18 Jahren in einer besseren Möbelfabrik thätig gewesener **Stuhlmacher** sucht wegen Aufgabe der Fabrik anderweitige Stellung. Gest. Offerten unter **C. M. 125** an die Exp. d. Blattes.

Zum sofortigen Antritt gesucht wird ein *** Tischler, *** welcher mit der Fabrication von Washbrettern aus Buchenholz mit Zimbleinlagen gründlich vertraut ist. Dauernde, angenehme Stellung bei hohem Lohn. Offerten bef. d. Exp. d. Btg. sub. **H. H. 127.**

Tüchtige **Tischler** auf Luxusmöbel und Galanterien, sowie tüchtige **Drechsler** finden dauernde Beschäftigung. **A. Levy & Co., Schönlanke.**

Suche zwei tüchtige **Tischlergesellen** bei hohem Lohn und dauernder Arbeit. **Erich Barth,** Schellwein b. Böhmstedt i. Th.

Suche zu sofort einen tüchtigen **Stellmachergesellen** auf R. u. S. bei dauernder Beschäftigung. Keinesfalls wird ersetzt. **H. Breckenfelder,** Stellmacher, Schmalfeld b. Kattenfirchen i. Holst.

Suche 3-4 Gesellen auf Mattarbeit (Ballon), dauernde Beschäftigung. **Ed. Viehweg,** Korbmachermeister, Magdeburg-B., Schönebergstr. 90.

Suche 5 bis 6 **Korbmachergehilfen** auf Mattarbeit bei dauernder Beschäftigung. **H. Pestrup,** Gröpelinger b. Bremen.

Mehrere tüchtige **Korbmachergehilfen** auf Matt und grün Geschlagen finden sofort oder später noch dauernde Stellung bei hohem Akkordlohn. **Rich. Thieme,** Korbw.-Fabrik, Gerbets-Bahnhof.

2 Gesellen

2 tüchtige, Geisl. und Mattarbeit wünscht sofort. **Friedr. Wilh. Weber,** Korbmacherei, Magdeburg-Zudenburg.

Korbmacher, gut Arbeiter für Geschlagen und ov. Geschlagen, sucht sofort dauernde Stellung. 12-15 Jähr. Besold. u. sauberes Logis mit Kost. **Ad. Nowicki,** Korbmacherei, Stragg, Ration Langen (Schwarz).

6 Bürstenmacher

zu sofort gesucht. **Waldemar Höhlenbruck,** Wilhelm a. d. Ruhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle: **Frankfurt a. d. O.** Am **Sonnabend, den 20. Juli,** findet im Restaurant „Eldorado“ unser diesjähriges **Stiftungsfest**

statt, bestehend in **Konzert, Feuerwerk, humoristischen Vorträgen und Ball,** sowie **Verlosung, Preisschießen** usw.

Eintritt 60 M., mit Dame. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Comité.**

NB. Programme sind Gr. Müllrofenstr. 13, I. und Gr. Scharrstr. 65, im Laden, erhältlich.

Eine **Tischlerei** in Hamburg billig zu verkaufen. Offert. unt. **126** an d. Exp. d. Bl.

Schreinerei

in München, altes Geschäft, mit zwei Spezialartikeln, großer Vorrath vorhanden, jährlicher Umsatz **M. 22 000 bis 28 000,** wegen Unfall des Besitzers zu verkaufen. Preis **M. 12 000,** Anzahlung **M. 7 000.** Offert. unt. **M. B. 4782** an **Rudolf Mosse, München.**

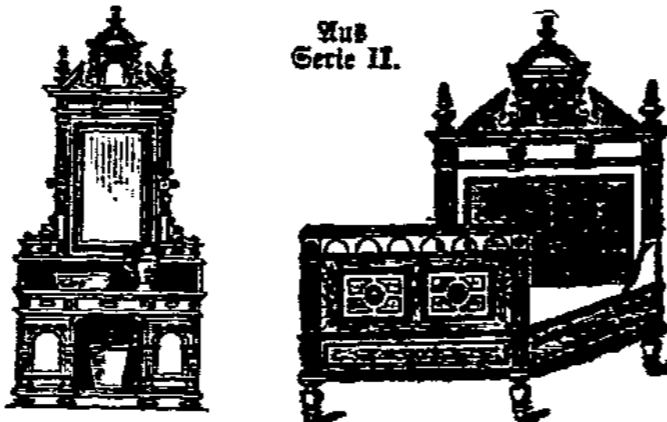
Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen:

Entwürfe einfacher Bimmereinrichtungen.

Serie I, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis **M. 3.**

Entwürfe modern. Bimmereinrichtungen.

Serie II, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis **M. 8.**



Cigarren.

Außer unserer nebenstehenden Spezialmarke **Hollandia** à **M. 3,75** empfehlen wir noch einige andere sehr beliebte Sorten:

Unsere Frieda.....	M. 2,50
Marie Tip Top.....	3,-
Modell 1900.....	3,25
do. 300 Stück free. 9,-	
American Docks....	3,50
Piktoin.....	3,50
Casino No. 19.....	4,-
do. 300 Stück free. 11,-	
Exquisit.....	4,50
Gloria Mundi.....	5,-
Comercial.....	5,-
London Docks II....	6,-
Fin de siècle.....	6,-

Denjenigen Rauchern, die keinerlei Berüh auf d. Rückere einer Zigarre legen, sondern lediglich auf gute Qualität sehen, empfehlen wir folgende

Auswahl-Sorten,

welche zu 15-20 Pkt. billiger sind, als dieselben Marken in rein sortierten Farben:

Ausschuss No. 15...	M. 2,50
Ausschuss S 1.....	3,80
Ausschuss S 2.....	4,20
Samatra Felix, unfort.	4,50
Ausschuss III B....	5,-

Ausführl. Preisliste franko.

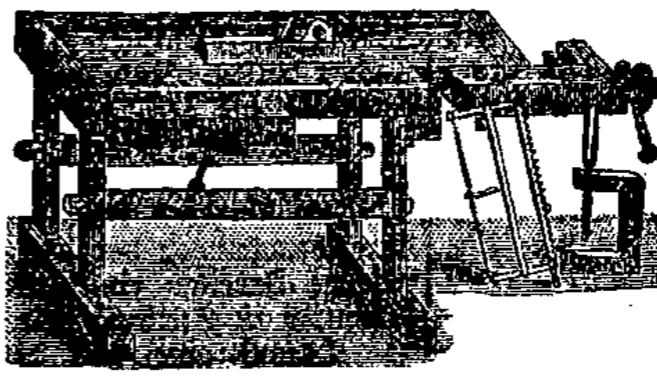
Verband nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei, bei 1000 Stück 5 Pkt. Rabatt.

Nicht Zuzugendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.

Rauscher & Fabisch,

Directorien zahlreicher Beamtenvereine und Fabrikantinnen. **Berlin NW 6,** Friedrichstr. 94, Fabrikgebäude, 1. St. Sein Ladengeschäft

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.



Zeichner, Werkführer, Meister. **Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.** Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Holzarbeiter kaufen ihre Arbeitsgarbe robe direkt an der Quelle bei **W. A. Langer, Lenkendorf i. S.** 2 Paar Kammingarnhosen M. 7,50 frei in's Haus. Angabe der Schnittlänge u. Bundweite genügt für guten Sitz.

Reelle Zigarren-Offerte.

Offerten den Genossen unsere vorzüglichsten Fabrikate in den Preislagen von **M. 20 bis M. 100** pro Mille. Musterlisten zu Diensten. **Rösler & Hofmann, Zigarrenfabrik, Sainwalde i. S.**

Tischlerschule Sternberg in Mecklenburg.

Anhaltische Städtische, vom Staate beauftragte und subventionirte Lehranstalt. **Bauschule** - Getrennte Abteilungen für Hochbautechniker u. Steinmetze. **Zerbst.** - Reifeprüfungen, Regierungskommissar. Lehrpläne kostenfrei. Der Direktor: **Opferheide, Professor.**

Es genügt

Es genügt
Es genügt
Es genügt
Es genügt

eine Postkarte, um unsere prachtvolle Musterauswahl von Herren- und Damenstoffen kostenlos zugestellt zu erhalten. zum Beweise höchster Leistungsfähigkeit, dass wir schon von **Mk. 2** an vorzügliche Herren-Cheviots und von **55 Pfg.** an feine Damentuche liefern. als Zeichen unserer Reellität, dass Tausende von Kunden über die Haltbarkeit der erhaltenen Waaren aus eigenem Antriebe ihre volle Anerkennung aussprechen. die Thatsache, dass wir Nichtgefallendes umtauschen oder das baare Geld zurückbezahlen. ein Blick in unsere reichhaltige, Jedem zur Verfügung stehende Musterkollektion, um sich von der Eleganz, Güte u. der unerreichten Billigkeit unserer Stoffe zu überzeugen.

Tuchausstellung Augsburg 93

Wimpfheimer & Cie.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 **Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanzwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weitbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpuliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelanschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.